Posener Tageblatt

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł, mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes". Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —

Gegründet 1864

Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).

70. Jahrgang | Mittwoch, 9. September 1931 | Nr. 206.

In Genf nichts Neues

Lerroux' optimistische Eröffnungsansprache — Titulescu Präsident der 12. Völkerbundsversammlung — Graf Gravinas Bericht

Genf, 7. September. (R.) **In seiner mit Beifall aufgenommenen Eröffnungsansprache der Tagung der Völkerbundsversammlung ging Lerroux kurz auf die wichtigsten Vorgänge des abgelaufenen Arbeitsjahres des Völkerbundes ein. Ein Beweis der zunehmenden Ausbreitung des Rechtsgedankens im internationalen Leben, erklärte er u. a., sei darin zu erblicken, daß nunmehr 37 Staaten, darunter fast alle europäischen Staaten, die obligatorische Rechtsprechung des Haager Gerichtshofes anerkennen. Einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens bedeute auch die Tätigkeit, ja schon das Vorhandensein des im vorigen Jahre eingesetzten Europa-Ausschusses. Der Europa-Ausschuß habe sich im ersten Jahre seines Bestehens hauptsächlich mit einem Teilgebiet der allgemeinen Wirtschaftskrise, der mittel- und osteuropäischen Landwirtschaftskrise, beschäftigt und hierbei bemerkenswerte Ergebnisse erzielt und außerdem das Problem der Umstellung der Zollpolitik in Europa durch ein großzügiges Gesamtprogramm gefördert. Der Aufschub der Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen auf Grund des Vorschlages des Präsidenten Hoover, die Konferenzen von London, Paris, Berlin und Rom zwischen den deutschen, amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Staatsmännern, die Tätigkeit der B. I. Z. und die Arbeiten des Baseler Sachverständigen-Ausschusses seien weiterhin Anzeichen für den Willen zur Gesundung und den Wunsch nach Zusammenarbeit.**

Genf, 7. September. (R.) **Von den 54 Staaten, die dem Völkerbund zur Zeit angehören, sind in der 12. ordentlichen Tagung der Völkerbundsversammlung 52 Staaten vertreten. Argentinien und Honduras haben keine Vertreter entsandt. Vier Staaten sind durch ihre Ministerpräsidenten, 23 durch ihre Außenminister oder sonstige aktive Minister vertreten. England hat Lord Robert Cecil, Italien Grandi, Frankreich Briand, Japan den Botschafter in Paris, Yoshisawa, China den Gesandten in London, Sze, entsandt. Die überseeischen Staaten lassen sich durch ihre europäischen Gesandten vertreten. Der Vertreter Oesterreichs ist Vizekanzler Dr. Schober. Die deutschen Hauptdelegierten, Außenminister Dr. Curtius, Botschafter a. D. Graf Bernstorff und Ministerialdirektor Dr. Gaus, haben in der ersten Reihe der Delegationen vor dem Tisch des Präsidenten Platz genommen.**

Die Völkerbundsversammlung hat heute vormittag den zweiten rumänischen Delegierten, den Gesandten in London, Titulescu, zum Präsidenten gewählt. Titulescu erhielt von den 49 abgegebenen Stimmen 25 Stimmen. Auf den ungarischen Delegierten Grafen Apponyi entfielen 21 Stimmen. Titulescu war bekanntlich auch Präsident der 11. Völkerbundsversammlung. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Völkerbundes, daß ein Delegierter zweimal hintereinander zum Präsidenten gewählt wurde. Titulescu begann seine Amtsübernahme mit einer längeren programmatischen Rede.

In seiner Programmrede stellte Titulescu die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der Völkerbundsarbeiten als das Ziel, an dem er nach Kräften mitarbeiten wolle, in den Mittelpunkt. Er warnte seinerseits vor übertriebenem Pessimismus und erklärte, man dürfe nicht von einem Zusammenbruch sprechen, sondern müsse die gegenwärtigen Versuche als eine Baustätte betrachten.

Die „Arbeiter der ersten Stunde" könnten vergessen werden. Es komme nur darauf an, daß späteren Geschlechtern das Gebäude des Friedens überliefert wird. Zu diesem Zweck müßte mit Vertrauen, Umsicht, Aktivität und Opfersinn gearbeitet werden.

*

Genf, 8. September. (R.) **Dr. Curtius wird voraussichtlich am Donnerstag in der Bundesversammlung das Wort zu einer längeren Rede ergreifen.**

Litwinow verläßt Genf vorzeitig

Genf, 8. September. (R.) **Litwinow wird heute Genf verlassen, um über Berlin nach Moskau zurückzukehren.**

*

Der frühere Finanzminister Ignacy Matuszewski, der die sensationelle Reise nach Sowjetrußland gemacht hat, ist aus Paris auf dem Wege nach Monte Cattini in Genf eingetroffen.

Genf, 7. September.

Der Danziger Kommissar, Graf Gravina, hat an den Rat des Völkerbundes über die Lage in Danzig einen Bericht erstattet. Graf Gravina stellt in seinem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes fest, daß er nach der Maitagung zunächst eine gewisse Beruhigung der Gemüter in Danzig festgestellt habe. Es sei ihm jedoch leider nicht möglich gewesen, diese befriedigende Feststellung auch hinsichtlich der allgemeinen Lage in Danzig zu machen, die durch die Parteikämpfe noch immer unruhig sei. So sei es im Laufe des Juni zu besonders heftigen Streitfällen zwischen den Verbänden der Parteien der äußersten Rechten und Linken gekommen. Gravina glaubt, betonen zu müssen, daß diese Konflikte bei weiterer Ausbreitung eine sehr ernste Bedrohung der öffentlichen Sicherheit hätten werden können. Am 4. Juni habe er dann bei dem Senat der Freien Stadt den Schritt unternommen, zu dessen Wiederholung er vom Rat durch den Maibeschluß aufgefordert worden sei. Er habe dabei den Senat aufgefordert, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einer Ausbreitung der innerpolitischen Streitfälle Einhalt zu tun.

Mit Nachdruck stellt dann Gravina in seinem Bericht fest, daß er es nicht für notwendig halte, die Aufmerksamkeit des Rats noch mit besonderen Einzelfällen, die zwischen polnischen Bürgern und Danziger Staatsangehörigen vorgekommen sind, zu beschäftigen, weil diese Vorfälle nach seiner Meinung in fast allen größeren Städten an der Regel sind. Hingegen erwähnt Gravina ausdrücklich die letzten Konflikte anläßlich der polnischen Marinepatrouillen auf Danziger Gebiet.

Abschließend verweist Gravina auf die schwierige Finanz- und Wirtschaftslage der Freien Stadt, „die derartig ist, daß sie in nächster Zeit zu ernsten Besorgnissen Anlaß geben kann". Was die Danzig schwer bedrückende Frage der Arbeitslosigkeit betreffe, so sei auch dies ohne Zweifel ein Moment, das die Danzig-polnischen Beziehungen gefährde. Gravina hebt hervor, daß in diesem Punkt eine möglichst baldige Klärung gefunden werden müsse.

Dem Berichte Gravinas sind vier Anlagen angeschlossen, enthaltend die Ermächtigungsgesetze des Danziger Senats vom 30. Juni 1931, den Schriftwechsel des Danziger Senats sowie der polnischen Vertretung an den Kommissar. Außerdem ist in dem Schreiben Gravinas an den Rat auch der Bericht der Regierung Danzigs über die Entwicklung der Danzig-polnischen Beziehungen seit der Maitagung angeschlossen. Aus diesem Bericht des Danziger Senats wären folgende Punkte als die wesentlichsten hervorzuheben:

In dem Schreiben des Danziger Senats wird auf wirtschaftliche Schädigungen durch Maßnahmen, die Danzigs Handel und Wirtschaft schwer treffen, hingewiesen.

Ausführlicher auf den Bericht des italienischen Grafen einzugehen, müssen wir uns aus bestimmten Gründen versagen.

(Weitere Völkerbundsnachrichten auf der letzten Textseite.)

Standrecht ab 10. September im Warschauer Bezirk

Warschau, 8. September. (Eigener Drahtbericht unseres Warschauer Berichterstatters.)

Der Regierungskommissar der Stadt Warschau läßt heute in der ganzen Stadt eine für morgen vordatierte Bekanntmachung anschlagen, die die Inkraftsetzung der Verordnung vom 4. September über die Einführung des Standgerichtsverfahrens über das Gebiet der Stadt und das Gebiet der Wojewodschaft Warschau ab 10. September betrifft. Die Verfügung des Regierungskommissars gibt die Regierungsverordnung über die Einführung der Standgerichte wieder und führt die Artikel des Strafgesetzbuches an, für die das standgerichtliche Verfahren angewendet wird.

Die nationaldemokratische **„Gazeta Warszawska"** nimmt jetzt sehr energisch gegen die Einführung des standgerichtlichen Verfahrens Stellung. Das Blatt stellt fest, daß die Einführung des Standgerichtsverfahrens auf Grund der Verordnung des Staatspräsidenten vom 19. März 1928 nur dann möglich ist, wenn Verbrechen und Attentate sich in einer die öffentliche Sicherheit bedrohenden Weise ausbreiten oder sich in einer solchen Weise auszubreiten drohen. Man wisse noch nicht, auf welche der beiden Motive sich die Regierung jetzt berufe. Es sei richtig, daß in Ostgalizien die Zahl der Attentate und Sabotageakte bedrohlich gestiegen sei. Wenn man das Standgerichtsverfahren über den ostgalizischen Bezirk eingeführt hätte, wäre das verständlich. Ganz anders aber verhalte es sich mit den übrigen Staatsgebieten Polens. Die amtliche Statistik beweise zwar eine Zunahme der Verbrechen in der letzten Zeit, aber es könne keine Rede davon sein, daß die Verbrechen im übrigen Polen derart zugenommen hätten, daß jetzt die Sicherheit der Bürgerschaft bedroht wäre oder auch nur bedroht erschiene. Angesichts dieser Lage müsse man annehmen, daß die Regierung das Standgerichtsverfahren im ganzen übrigen Staatsgebiet nicht so sehr wegen dem, was schon geschehen sei, sondern mehr wegen dem, was die Regierung von der Zukunft befürchte, eingeführt hätte. Das Standgerichtsverfahren sei immer nur ein Ausnahmemittel und dürfe nur im höchsten Notfalle angewendet werden. Die „Gazeta Warszawska" macht sich zum Schluß dieses Artikels Hoffnung, daß der Sejm auf seiner nächsten Session die Regierung zwingen werde, über die wahren Motive der Einführung des Standgerichtsverfahrens Rede und Antwort zu stehen.

*

Nach einer Warschauer Meldung hat der Innenminister den Auftrag gegeben, den Beschluß des Ministerrates in Sachen des Standgerichtsverfahrens spätestens am 9. September durch Anschlag bekannt zu geben, so daß diese Verordnung im ganzen Lande bereits vom 10. September ab gelten könne.

Heute:

Unsere gestrige Ausgabe

wurde auf Anordnung des Posener Polizeipräsidenten Dr. Drost wegen des Artikels „Neue deutsche Agrareingabe in Genf" und wegen des letzten Teils unseres Leitartikels

beschlagnahmt.

Wir weisen darauf hin, daß andere Zeitungen in Polen den erstgenannten Artikel, in einem Fall im gleichen Wortlaut, bringen durften, ohne beanstandet zu werden.

Wir liefern unseren Beziehern die gestrige Ausgabe ohne die beanstandeten Artikel heute nach.

Weltpolitische Kleinigkeiten

England nicht in Genf vertreten. Die neue englische Regierung, das Kabinett der „Nationalen Zusammenarbeit" hat zur Septembertagung des Völkerbundes keinen ihrer Minister entsandt. Die Regierung ist zwar nicht an den gegenwärtigen und bevorstehenden Beratungen in Genf uninteressiert. Aber sie bekundet doch mit dem offensichtlichen Fernbleiben, daß ihr die innere Sanierungsarbeit über alles geht, und daß sie jedes der Kabinettsmitglieder in den nächsten Wochen in London festhalten will. Mittelbar liegt darin aber auch das Eingeständnis, daß die Septembertagung des Völkerbundes, abgesehen von der deutsch-österreichischen Zollbundfrage, sich mit den wichtigen Fragen der internationalen Politik nicht beschäftigt. Man kann mit Recht daran zweifeln, ob der zurückgetretene Außenminister Henderson, wenn er im Kabinett geblieben wäre, sich für ein Fernbleiben von der Genfer Tagung entschieden hätte. Henderson stand ganz in der Völkerbundsideologie. Er hatte es durchgesetzt, daß er zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz ernannt wurde, und setzte seinen Ehrgeiz darein, für seine Regierung und seine Partei mit einem beträchtlichen Prestigeerfolg von der Konferenz zurückzukehren. Sein Nachfolger, der alte Lord Reading, bewahrt den Vorgängen in Genf gegenüber und den Möglichkeiten, die sich dort bieten, einen kühleren Kopf. Er ist kein Mann der Ideologie, sondern der typische nüchterne Engländer, der sich nicht von der äußerlich glänzenden Art der französischen Rhetorik in Genf in seinen nüchternen und klaren Ueberlegungen beirren läßt. Das bedeutet selbstverstandlich keinen Kurswechsel Englands in der Völkerbundspolitik. Aber das Auftreten Englands in Genf wird unter Lord Reading anders und zurückhaltender sein, als es unter dem begeisterten Völkerbundsfreund und Sozialisten Henderson der Fall war.

*

Russische Zahlen. Ein genaues Bild der Einkommens- und Preisverhältnisse in Rußland läßt sich bei der Eigenart der Verhältnisse nicht geben. Alle Zahlenangaben können hier nur einen kleinen Lichtblick geben. Sie sind mit den mittel- und westeuropäischen Geldverhältnissen nicht zu vergleichen. Denn der Kurs des Rubels ist als Zwangskurs von der Regierung festgesetzt. Das bringt es mit sich, daß manche Gegenstände bedeutend teurer und andere wieder weit billiger als in Mittel- und Westeuropa sind. So kostet ein Zimmer mit Verpflegung in einem guten Hotel das Doppelte, Kleidungsstücke, Schuhe oder Lebensmittel im freien Verkehr kommen auf das Fünf- bis Zehnfache der Preise im Ausland. Für die proletarische Bevölkerung werden die Lebensmittel in sogenannten geschlossenen Läden weit unter normalem Preis nach dem bekannten Kartensystem abgegeben. Die Regierung trägt die Differenz. Man nennt diese Waren deshalb Defizitwaren. Im freien Handel sind die Lebensmittel bedeutend teurer. So kostet ein Kilogramm Zucker drei Rubel (der Rubel beträgt etwas mehr als 2 deutsche Mark), ein Kilogramm Brot kostet bis zu vier Rubel. Der Mietspreis in den staatlich konzessionierten Wohnungen wird nach dem Einkommen berechnet. Ein Industriearbeiter verdient durchweg bis zu 260 Rubel im Monat, qualifizierte Arbeiter erhalten vielfach einen bedeutend höheren Lohn, der oft zwischen 600 und 1000 Rubel liegt. Angestellte beziehen 80 bis 175 Rubel Gehalt. Durchweg sehr gut sind auch die Gehälter der ausländischen Ingenieure und Spezialisten. Aber die Lohn- und Gehaltshöhe besagt nichts über die persönliche Wohlhabenheit des einzelnen. Denn die Geldverhältnisse sind in Rußland völlig unklar und die Regierung sorgt von Zeit zu Zeit durch Erhebung von Zwangsanleihen, daß auch der russische Proletarier keine Reichtümer sammeln kann.

*

Amerika verlangt Abrüstung. Die Franzosen haben mit dem ihnen eigenen diplomatischen Geschick schon seit einiger Zeit die Mitteilung in die Weltpresse hineinlanciert, daß sie sich für die Aufschiebung der für Februar des nächsten Jahres anberaumten Abrüstungskonferenz verwenden werden. Sie haben zwar jetzt von Genf aus diese Forderung ableugnen lassen. Aber in Washington ist man bereits darauf aufmerksam geworden. Der

amerikanische Unterstaatssekretär und engere Mitarbeiter Hoovers hat jetzt erklärt, daß die Abrüstungskonferenz zum vereinbarten Termin stattfinden werde, um endlich die ungeheuren Rüstungsausgaben zu beschränken. Er fügte seiner Erklärung hinzu, daß die amerikanische Regierung ihr äußerstes Mißfallen aussprechen werde, wenn Frankreich in Genf, wo Amerika nicht vertreten ist, die Verschiebung des Termins der Konferenz durchdrücken werde. Diese Abrüstungsfreundlichkeit Amerikas entspricht dem heute verständlichen Bestreben, die Staatshaushalte von den wahnsinnigen Summen für die Rüstungen zu entlasten. Aber es verbirgt sich dahinter auch noch ein anderer Beweggrund. Präsident Hoover hat bereits durchblicken lassen, daß er die Absicht habe, auch bei den nächsten Präsidentenwahlen wieder zu kandidieren. Als seine zugkräftigste Wahlparole sieht er im Augenblick die Abrüstung an, nachdem die alte Parole der Prosperity durch die Ereignisse seit dem Oktober 1929 so schnell Lügen bestraft worden ist. Hoover will unter allen Umständen mit dem Ergebnis vor seine Wähler treten, daß er dem amerikanischen Haushalt eine beträchtliche Entlastung gebracht habe. In Amerika ist seit langem bereits wieder der alte Gegensatz zu Frankreich erwacht. Die rücksichtslose Politik der Franzosen gegen Mitteleuropa und die zweideutige Stellung in der Abrüstungsfrage haben der Abneigung der Amerikaner gegen Frankreich wieder neue Nahrung gegeben. Aber Frankreich ist nicht gewillt, auf die Ausnutzung seiner gegenwärtigen Machtstellung in Genf zu verzichten und fürchtet auch gegebenenfalls den Tadel Washingtons nicht.

990 000 Deutsche haben Polen seit 1918 verlassen

Starke Zunahme unter den östlichen Volksgruppen

In der Zeitschrift „Sprawy narodowościowe" werden von Dr. A. Krysinski folgende Aufstellungen über die Veränderungen, die in der Nationalitätenbewegung in der Zeit bis zur Volkszählung des Jahres 1921 und dann in der zweiten Periode bis Ende 1926 vorgekommen sind, gebracht:

	Zunahme(+) od. Rückg( ) 1. Periode	der Zahl 2. Periode	1.u.2.Periode	Zunahme (—)Proz. Rückgang ( )Proz. 1. und 2. Periode
Polen	+757 000	+228 000	+985 000	+ 6%
Weißrussen	+181 000	+320 000	+501 000	+58%
Ukrainer	+ 85 000	+ 40 000	+125 000	+ 3%
Russen	+114 000	+ 8 000	+122 000	?
Litauer	+ 6 000	+ 3 000	+ 9 000	+16%
Deutsche	—645 000	—345 000	—990 000	—58%
Juden	+ 12 000	+ 15 000	+ 27 000	+ 1%
Insgesamt	+510 000	+269 000	+779 000	+ 3%
Röm.-Kath.	+725 000	+140 000	+865 000	+ 5%
Gr.-Kath.	+ 14 000	+ 7 000	+ 21 000	+ 1%
Orthodoxe	+356 000	+343 000	+699 000	+29%
Evangel.	—580 000	—227 000	—807 000	—51%
Mosaische	— 5 000	+ 6 000	+ 1 000	—
Insgesamt	+510 000	+269 000	+779 000	+ 3%

Aus obiger Aufstellung werden polnischerseits folgende Schlüsse gezogen:

1. Die Gesamtbilanz der Nachkriegswanderungen aus Polen in benachbarte Staaten oder umgekehrt betrug ohne Berücksichtigung der Grenze mit Rumänien, Lettland und Litauen etwa 779 000 Köpfe zu Gunsten Polens, bei Berücksichtigung dieser Grenzen sicher nicht mehr als 800 000 Köpfe. Gegenüber 26 Millionen der Gesamtbevölkerung der Republik Polen vor Beginn der Einwanderungs- bzw. Auswanderungsperiode, das heißt vor dem 11. November 1918 (die Statistischen Jahrbücher geben für den 1. Januar 1919 die Ziffer 26 282 000 an, aber ohne Berücksichtigung der Wanderungen im Westen) bedeutet das kaum 3 Prozent der Gesamtheit.

2. Die polnische Bevölkerung in Polen ist infolge des Zustroms von polnischen Emigranten und Rückwandern aus den Randstaaten um 985 000 Köpfe gestiegen, nach Berücksichtigung der von der Aufstellung nicht erfaßten Grenzabschnitte sicherlich um rund 1 Million. Diese Zunahme betrug etwa 6 Prozent im Vergleich zur Zahl der Polen vom 11. November 1918, war also im Verhältnis zweimal so groß als die Zunahme der Gesamtbevölkerung. Dem Zuwachs der Polen entsprach die Zunahme der Zahl der Katholiken um 865 000 Köpfe, d. h. etwas mehr als um 5 Prozent im Vergleich zur Zahl der Römisch-Katholischen vom Jahre 1918.

3. Die drei östlichen slawischen Minderheiten nahmen zusammen mit den Litauern um 16 Prozent zu, woraus hervorgeht, daß für die Entwicklung dieser Nationalitätengruppen in Polen die Wanderungen nach dem Kriege sich relativ als dreimal so günstig erwiesen, als für die Entwicklung der Zahl der Polen. Abgesehen von den Russen, deren Zahl mit Vorbehalt zu betrachten ist, waren es die Weißrussen, die bei den Wanderungen am besten fuhren. Sie stiegen zahlenmäßig um 58 Prozent, d. h. um mehr als die Hälfte. Die Vergrößerung der Zahl der Ukrainer war relativ bedeutend schwächer: ihr Prozentsatz überstieg nicht die Zunahme der Gesamtbevölkerung (3 Prozent).

Unter den Bekenntnissen zeigte das orthodoxe Bekenntnis eine große Zunahme, zu dem die östlichen slawischen Minderheiten vorwiegend gehören, indem es dank der Einwanderung aus dem Osten die Zahl von 700 000 Köpfen erreichte, d. h. etwa 29 Prozent mehr als im Jahre 1918. Das bedeutet, daß dank der Wanderungen die Zahl der Orthodoxen in Polen um fast 1/3 stieg, während die Zahl der Römisch-Katholischen kaum um 1/20 gestiegen ist. Auf die Entwicklung des griechisch-katholischen Bekenntnisses, das in überwiegender Mehrheit das Bekenntnis der ostgalizischen Ukrainer ist, haben die Wanderungen einen günstigen Einfluß ausgeübt, indem sein zahlenmäßiger Stand um kaum 21 000 Köpfe vermehrt wurde, d. h. um kaum 1 Prozent im Vergleich zu der Zahl des Jahres 1918, was angesichts der Zunahme der Gesamtbevölkerung um 3 Prozent einen relativen Rückgang bedeutet.

4. Die Zahl der Deutschen und der Evangelischen ging absolut und relativ sehr erheblich zurück: Die erste um 58 Prozent, die zweite um 51 Prozent im Verhältnis zu ihrer Zahl im Jahre 1918 (990 000 bzw. 807 000); das waren also die größten Veränderungen, die im Zusammenhang mit den Wanderungen irgendwelche Nationalitäten- und Bekenntnisgruppen in Polen erfahren haben.

5 Der Anteil der Juden an den Wanderungen war sehr gering, weshalb ihre Zahl in Polen fast keine Veränderungen erfuhr.

In den westlichen Teilgebieten haben die Wanderungen, die den Charakter eines wirklichen Bevölkerungsaustausches hatten, eine weitgehende Entdeutschung des Landes herbeigeführt, nämlich einen Rückgang der Zahl der Deutschen in Posen von 34,4 auf 9 Prozent, in Pommerellen von 42,5 auf 9,4 Prozent, in Oberschlesien von 29,6 auf 10,6 Prozent.

In den östlichen Wojewodschaften war der Einfluß der Wanderungen umgekehrt. Hier stieg überall der Prozentsatz der Orthodoxen, während der Prozentsatz der Römisch-Katholiken zurückging, was besonders stark im Chelmer Lande, in Podlasien und in den östlichen Kreisen der Wojewodschaft Bialystok hervortrat und zum Rückgang der ethnographischen Grenze der polnischen Nationalität führte. Am deutlichsten trat dies im Chelmer Lande und in Podlasien hervor, wo nach den Berechnungen der Kirchenbehörden nach der Räumung kaum 21 000 Orthodoxe geblieben waren, und wo schon am Tage der Volkszählung im Jahre 1921 147 000 Orthodoxe waren. Diese Zahl erfuhr in der zweiten Periode der Rückwanderung wahrscheinlich noch eine Vergrößerung. Die polnische ethnographische Grenze, die nach der Räumung hinter dem Bug verlief, oder längs der Buglinie, ging nach der Rückwanderung an einigen Stellen wieder auf das linke Ufer dieses Flusses zurück. Die gleichen ungünstigen Folgen für das Polentum hat die Rückwanderung in den östlichen Kreisen der Wojewodschaft Bialystok hervorgerufen, namentlich im Kreise Grodno und Wolkowysk.

Unsere deutschen Schulen

Der Dirschauer Schulstreik dauert an

Wie wir bereits meldeten, brach am Freitag in Dirschau an der deutschen Volksschule ein Schulstreik aus. Die Eltern weigerten sich, ihre Kinder zur Schule zu schicken, und sehen eine Begründung in der zwangsweisen Ueberführung deutscher Kinder in die polnischen Schulklassen. Am Montag suchten einige der umgeschulten Kinder

wiederum die deutsche Klasse auf, wurden aber sofort zu Beginn des Unterrichts aus ihr entfernt.

Darin sehen die Eltern erneut die Berechtigung für die Weiterführung des Schulstreikes. Die Kriminalpolizei hat bereits einige der Eltern verhört, man bemüht sich in den beteiligten Kreisen das Ende des Schulstreiks herbeizuführen. So lange aber die Umschulung deutscher Kinder in die polnische Volksschule weiter vorgenommen wird, und die getroffenen Maßnahmen nicht rückgängig gemacht werden, werden die Dirschauer deutschen Eltern ihre Kinder nicht zur Schule schicken und damit den Schulstreik fortsetzen.

Es ist nicht das erste Mal, wie das „Pommereller Tageblatt" meldet, daß man versucht hat, das Bestehen der deutschen Volksschule in Dirschau zu gefährden. Bereits 1929 führte man einige 20 Kinder zwangsweise in die polnische Volksschule über. Damals trug man der Beschwerde der Eltern Rechnung und die getroffenen Maßnahmen wurden rückgängig gemacht. Später entließ man einen der drei deutschen Lehrer, pensionierte einen zweiten und versetzte den dritten nach Warschau. Augenblicklich unterrichtet nur noch ein einziger deutscher Lehrer an der Volksschule.

*

In Lissa und Dirschau haben die deutschen Schulen das neue Schuljahr, soweit sie es überhaupt beginnen konnten, mit schweren Sorgen beginnen müssen. Nun hat auch die Lodzer Presse ihre Stimme erheben müssen und Dinge zur Sprache gebracht, die die deutsche Minderheit mit schwerer Sorge an das nächste Schuljahr denken lassen muß. Gewiß die Maßnahmen des polnischen Staates haben nicht allein das deutsche Schulwesen schwer betroffen, auch das polnische Schulwesen wird von ihnen geschädigt. Jedes Analphabetentum ist eine Gefahr, die sich eines Tages auswirken wird.

Aus Lodz wird gemeldet, daß eine ganze Reihe deutscher Lehrer, die sich ihres Volkstums niemals geschämt haben, entweder in den Ruhestand versetzt wurden oder ihre Versetzung auf das Land erhalten haben. Auffallend ist dabei vor allem der Umstand, daß von den Pensionierungen und Versetzungen fast die gesamte Verwaltung des Deutschen Lehrerverbandes in Lodz betroffen wurde. Deutsche Lehrer müssen in polnischen Schulen Unterricht erteilen, deutsche Kinder haben polnische Lehrer. Das sind keine Ausnahmefälle mehr. Dazu Stellung zu nehmen, müssen wir uns aus bekannten Gründen versagen.



Der Spruch des Haager Gerichtshofs

Der Präsident des Haager Gerichtshofs Adatschi-Japan, beim Verlesen des Urteils, das bekanntlich mit 8 gegen 7 Stimmen den Plan einer deutsch-österreichischen Zoll-Union ablehnt.

Zur Frage der Autonomie Ostgaliziens

Die polnische Presse warnt

Warschau, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) **Die „Gazeta Warszawska" zeigt sich lebhaft beunruhigt über die in den letzten Tagen in der Regierungspresse zu verzeichnen gewesenen Andeutungen eines eventuellen Umschwungs in der Haltung der polnischen Regierung bezüglich der ukrainischen Frage. Die „Gazeta Warszawska" glaubt, vor der Gewährung einer wirklichen Autonomie an die ostgalizischen Ukrainer, wie sie in den Friedensverträgen zugesichert worden ist, warnen zu müssen. Durch eine solche Autonomie werde die Einheit des polnischen Staatsgebietes zerrissen werden, und eine ostgalizische Autonomie würde die vielhundertjährige polnische Stellung in Ostgalizien liquidieren. Außerdem müsse man bedenken, daß die galizischen Ukrainer die Gewährung einer Autonomie für ihr Gebiet nur zur Fortsetzung und Verstärkung ihres Kampfes gegen das Polentum benutzen würden. Eine ostgalizische Autonomie würde nichts anderes bedeuten, als dem ukrainischen Separatismus den Weg zu bereiten. In kürzester Zeit würde zweifellos die ukrainische Mehrheit in einem autonomen ostgalizischen Sejm den Kampf um die Autonomie auch von Wolhynien und Polesien und schließlich des Chelmer Landes proklamieren. Den Ukrainern gehe es keineswegs um das Zusammenleben mit den Polen in den Grenzen eines gemeinsamen Staates, sondern um die Trennung und die Errichtung einer unabhängigen Ukraine vom San bis an den Kuban.**

*

Wie der „Krakauer Kurier" aus Lemberg meldet, sollen insgesamt 7 Personen in die Mordaffäre Holówkos verwickelt sein. 4 Täter befänden sich bereits hinter Schloß und Riegel.

Um die Einberufung des Sejm

Warschau, 8. September. (Eigener Drahtbericht uns. Warsch. Berichterstatters.) Am Donnerstag oder Freitag wird in Warschau eine Sitzung des Ministerrates stattfinden, auf der das Datum der Einberufung des Sejm zur ordentlichen Budgetsession festgelegt werden soll. Außerdem wird sich der Ministerrat mit den Fragen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit beschäftigen.

Auch ein Jubiläum!

Der Abgeordnete Kochan zum zehnten Male verurteilt

Warschau, 8. September. (Eigener Drahtbericht uns. Warsch. Berichterstatters.) Vor dem Lemberger Obersten Gericht wurde dieser Tage gegen den ukrainischen Abgeordneten der Undopartei Kochan verhandelt, der erst im letzten Februar wegen antipolnischer Reden zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Auch diesmal wieder lautete die Anklage auf antipolnische Propaganda und das Urteil auf 4 Monate Gefängnis. Der Abgeordnete Kochan ist damit zum 10. Male von einem polnischen Gericht wegen antipolnischer Haltung zu Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Zwischenfall an der polnisch-russischen Grenze

Warschau, 8. September. (Eigener Drahtbericht uns. Warsch. Berichterstatters.) **Wie erst jetzt bekannt wird, hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag an der polnisch-russischen Grenze, und zwar in der Gegend von Dolhinów im Wilnaer Gebiet ein Grenzzwischenfall ereignet. Nach der polnischen Darstellung sollen einige 20 russische Grenzwachen die Grenze überschritten und auf polnischem Gebiet eine Patrouille der polnischen Grenzwachen überfallen haben. Die Bolschewisten wollten angeblich die polnische Grenzwache auf russisches Gebiet verschleppen, doch wurde rechtzeitig der in der Nähe befindliche polnische Gendarmerieposten alarmiert, und die Polen erhielten Verstärkung. Es wurden zahlreiche Schüsse zwischen den beiden Parteien gewechselt; ob Verletzungen vorgekommen sind, ist nicht bekannt. In diesen Tagen findet an der Grenze eine Konferenz polnischer und russischer Grenztruppenkommandanten statt, welche versuchen werden, diesen Zwischenfall beizulegen.**

Streik in Lodz

Warschau, 8. September. (Eigener Drahtbericht uns. Warsch. Berichterstatters.) **In der Lodzer Strumpffabrikation ist gestern ein Streik ausgebrochen. Die seit einigen Wochen von den Arbeitnehmern gestellten Forderungen auf Rückgängigmachung der letzten Lohnkürzungen und Verbesserung der sozialen Fürsorge, sind von den Unternehmern überhaupt nicht beantwortet worden, worauf 20 000 Arbeiter der Strumpfwirkereien die Arbeit niederlegten.**

In der Lodzer Baumwollindustrie ist gestern die 40stündige Arbeitswoche statt der bisherigen 46stündigen Arbeitswoche eingeführt worden. Zahlreiche größere Betriebe haben jedoch darüber hinaus ihre Tätigkeit noch erheblich eingeschränkt. So hat der größte Betrieb in Lodz, die Scheibler & Grohmann-A.-G., die Arbeitswoche von 6 auf 3 Tage und Rousseau & Co. von 6 auf 4 Tage eingeschränkt.

Die Forderungen der polnischen Sozialisten

Der Oberste Rat der polnischen Sozialistenpartei hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, in denen u. a. die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche ohne Herabsetzung der Löhne verlangt wird. Die Sozialisten fordern ferner ein unbedingtes Verbot der Ueberstunden, Beschäftigung von Arbeitslosen beim Bau billiger Wohnungen und öffentlichen Arbeiten, Einführung der Altersversicherungen, 50prozentige Herabsetzung der Miete in den kleinen Wohnungen der Mietshäuser für die Dauer eines Jahres und die Befreiung der Arbeitslosen von der Miete, den Erlaß von Steuern und Verwaltungsstrafen kleiner Steuerzahler und Befreiung der Steuerzahler, die weniger als 4500 Zloty jährlich verdienen, von der Zahlung der Einkommensteuer. Ein weiterer Entschluß bespricht die katastrophale Lage im Schulwesen, mit dem Hinweis darauf, daß im beginnenden Schuljahre etwa 1 Million Kinder im schulpflichtigen Alter ohne Unterricht bleiben würden.

Ausgabenkürzungen beim Unterrichtsministerium

Warschau, 8. September. (Eigener Drahtbericht uns. Warsch. Berichterstatters.) Das Unterrichtsministerium hat angesichts der schwierigen Lage des polnischen Staatshaushaltes beschlossen, sämtliche im bisherigen Budgetvoranschlag für das Unterrichtsministerium vorgesehenen Ausgaben an Stipendien und Subsidien restlos zu streichen. Außerdem soll demnächst das Kultur- und Kunstdepartement im Unterrichtsministerium stark verkleinert werden.

*

Der „Il. Kurjer Codzienny" bringt eine Reihe von Mitteilungen über die Sparmaßnahmen im polnischen Schulwesen. Eine gewisse Anzahl von Lehrkräften schied aus dem Schuldienst aus, weil sie die Altersgrenze erreicht hatte. Einen weit größeren Teil der entlassenen Lehrkräfte bilden jedoch die nur vertraglich, nicht aber staatlich angestellten Lehrkräfte, es handelt sich dabei in erster Linie um die jungen Lehrer. In den Mittel- und Höheren Schulen ist eine Reihe von Lehrkräften entlassen worden, allerdings mit der Aussicht, sobald es nötig sein würde, wieder in den Schuldienst übernommen zu werden. Zu gleicher Zeit ist man zu einer Zusammenlegung von Klassen geschritten und hat in fast allen Fällen die bisherige Maximalschülerzahl pro Klasse weit überschritten. Die Sparmaßnahmen laufen also auf eine stärkere Belastung der Lehrer und Schüler durch erhöhte Stundenzahl und überfüllte Klassen hinaus.

Wandel in den Beziehungen zu einer kleinen Hausgenossin

Der Sommer nimmt Abschied. Die Vögel rüsten zur Reise, die Blätter werden gelb usw. usw.

Die lyrischen Dichter haben wieder genügend Stoff für melancholische Lieder.

Es ist ja auch betrüblich, zu sehen, wie alle Boten des Sommers von uns gehen. Nur wenige Getreue halten bei uns aus. Und eine der Allergetreusten ist unsere Stubenfliege.

Sie gehört nicht zu den Freunden des Menschen, und man muß (auch als größter Tierfreund!) zugeben, daß sie selbst schuld ist an dem Haß, mit dem ihr nach dem Leben getrachtet wird.

Kaum werden im Frühjahr die Tage wärmer, ist sie da. Nicht „sie" allein, nein, in ganzen Legionen stürzt sich das Fliegenvolk in die menschlichen Behausungen und beginnt sich dort in einer Art breit zu machen, die wirklich allen Gesetzen der guten Sitte ins Gesicht schlägt. Sie besichtigt ungeniert unsere Nahrungsmittel, indem sie mitten im Essen herumspaziert, ohne daran zu denken, daß ihre Füße vielleicht nicht ganz einwandfrei sauber sind. Sie stört den ermüdeten Hausvater im wohlverdienten Mittagsschläfchen, indem sie ganz frivol den Teil seiner oberen Stirn, wo die Haare noch nicht anfangen, als Tanzfläche für ihre zierlichen Beinchen benutzt. Kurz und gut: sie zeichnet sich durch ein derart unverschämtes Verhalten aus, daß alle Rachezüge des Menschen gegen sie verständlich werden.

Aber nun wird es Herbst. Und siehe da: das Verhältnis zwischen Mensch und Fliege ändert sich seltsam. Zunächst stellt man mit Befriedigung fest, daß die flinken Störenfriede immer seltener werden. Einige Exemplare summen noch durchs Zimmer, aber manche von ihnen sind schon so matt, daß sie gar nicht mehr die Kraft zu ihren sommerlichen Frechheiten aufbringen.

Und eines Tages beginnt der Mensch mit der Fliege Freundschaft zu schließen. Er sitzt vielleicht an einem recht kalten Tage allein im Zimmer. Da kommt etwas angesummt und sitzt plötzlich zierlich vor ihm auf dem Tisch. Und wunderbar: der Mensch beginnt der kleinen Fliege, die er so bitter gehaßt und verfolgt hat, plötzlich Interesse entgegenzubringen. Er stellt fest, daß sie doch eigentlich recht niedlich ist. Die Fliege ihrerseits sitzt ganz selbstgefällig da und läßt sich bewundern. Ja wirklich, sie ist niedlich, die kleine Fliege! Wie zierlich sie ihre Beinchen umeinanderwirbelt und ihre feinen klaren Flügelchen putzt!

Sie wird plötzlich zum Mittelpunkt des Familieninteresses. Sie bekommt einen Namen und wird freudig begrüßt, wenn sie geruht, zu den Mahlzeiten zu erscheinen und am Zucker zu nippen. Aus einer verfolgten Feindin ist fast ein geschätzter Gast geworden. Sogar der Hausherr läßt sie gewähren, wenn sie schon erwähnten Teil der Oberstirn zu ihrem Amüsement benutzt. Und die Kinder stellen jauchzend fest, daß „Amalie" (dieser Name ist seit Löns für Winterfliegen sehr beliebt!!) dem Eislauf (auf der Glatze ihres Vaters nämlich) huldigt!! —

Kleine Amalie, jetzt gehst du deiner guten Zeit entgegen. Du kannst dich freuen, daß der Winter kommt! ub.

Kleine Posener Chronik

em. **Wieder ein Ueberfall.** In der letzten Nacht wurde im Hausflur des Hauses Górna Wilda 185 (Kronprinzenstr.) Ignatz Dereziński, der sich in Begleitung seines Sohnes Johann befand, von zwei Banditen überfallen und verletzt. Die sofort benachrichtigte Polizei unternahm energische Nachforschungen und soll bereits die Namen der Täter ermittelt haben. Den Verletzten kam die ärztliche Bereitschaft zur Hilfe.

em. **Die Apothekenrezepte müssen aufbewahrt werden.** Der hiesige Apothekerverband gibt zur öffentlichen Kenntnis, daß sämtliche vom Arzt ausgestellten Rezepte laut Verordnung des Innenministeriums vom 28. August 1930 drei Jahre lang zwecks Kontrolle der Aufsichtsbehörden in Verwahrung bleiben müssen. Den Kunden werden Kopien verabfolgt.

em. **Desinfizierung der Telephonapparate.** Die Verordnung des Regierungspräsidenten betreffs der Desinfektion der Telephonapparate hat einige Unstimmigkeiten hervorgerufen. So herrscht keine Klarheit über die Monopolisierung der Desinfektion. Es wird bekanntgegeben, daß jeder Besitzer mit den in der Verordnung angegebenen Mitteln, z. B. „Dalol", das in jedem Geschäft erhältlich ist, selbst die Desinfektion vornehmen darf.

em. **Verkehrsunfälle.** Katharina Jankowiak, ul. Grudzieniec 47, wurde von dem Auto PZ. 44 746 in der ul. Kraszewskiego überfahren und leicht verletzt. — In der ul. Fredry (Paulikirchstraße), Ecke ul. Jana III., stießen zwei Personenautos zusammen. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

em. **Einbrüche und Diebstähle.** In die Wohnung von Adam Ganade, ul. Wierzbięcice 34, wurde eingebrochen, wobei den Dieben Garderoben im Werte von 1000 Złoty in die Hände fielen. — Aus der Wohnung des Stanislaus Gorzan, ul. Młyna 14, wurden verschiedene Garderoben und Wäschestücke im Werte von 500 Złoty gestohlen.

Landeskirchentag in Jozefów (Galizien)

Es ist ein eigentümliches Gefühl, wenn man aus dem Westen Polens nach dem Osten fährt. Wer könnte es hindern, daß die Gedanken in die Zeit zurückwandern, wo die Kriegsfurie durch diese Gebiete gestürmt ist. Wir besinnen uns auf den Tag, wo wir eine deutsche Kolonie in Ostgalizien unter Artilleriefeuer nehmen mußten, weil sie von russischen Maschinengewehrabteilungen besetzt war. Ueber dieses selbe Galizien ist dann noch einmal der Krieg zwischen Polen und der Ukraine hindurchgezogen, hat das Aufgebaute [illegible] und die deutschen Siedler teilweise vertrieben.

Um so bewundernswerter ist es, daß man von Kriegsschäden nur noch wenig spürt. Fast ohne Regierungsunterstützung haben die Kolonisten wieder aufgebaut. Welch ungeheure Energie steckt doch im deutschen Volke, wenn es recht geleitet wird! Die Pfälzer, Böhmen und Schlesier, die vor nunmehr 150 Jahren sich in Galizien angesiedelt haben, sind an Zahl zwar stark zurückgegangen, doch haben sie Kirche, Schule und Genossenschaftswesen fast zu derselben Höhe entwickelt, wie sie vor dem Kriege gewesen sind.

Der Kirchentag in Josefów, der von dem Leiter der evangelischen Kirche, Superintendent D. Zöckler, eingerichtet worden ist, sammelte Pfarrer, Lehrer, Wirtschaftsführer und Gemeindeglieder zu gemeinsamer Arbeit an dem Volksganzen. Brennende Fragen der Gegenwart wurden in Form von Referaten und anschließenden Aussprachen behandelt. So sprach Dr. Hans Koch-Wien über die Lage der Ostkirchen und die Aufgaben, die der evangelischen Kirche besonders im Hinblick auf Rußland erwachsen; Pfarrer Nitsch-Eisenach über idealistische und reformatorische Gedanken zu Volk und Staat. Ein Referat von Pfarrer Lempp-Stanislau behandelte Erziehungs- und Berufsfragen, Schulrat Butschek-Stryj erörterte die Nöte und Schwierigkeiten des evangelischen Schulwesens. Pfarrer Dr. Seefeld-Dornfeld gab interessante Aufklärungen über die Lektüre des galizischen Volkes. Die Weltwirtschaftskrise in ihrer Rückwirkung auf die Gemeinden behandelte ein Referat von Senior Royer-Josefsberg.

Die Dorfgemeinde Jozefów mit etwa 40 Wirten, beherbergte gegen 200 auswärtige Gäste, die nicht nur Freiquartier, sondern auch freie Verpflegung erhielten. Mancher hatte 8—10 Gäste aufgenommen, ein Zeichen für das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Opferwilligkeit der galizischen Gemeinden. Das Dorf war festlich geschmückt, die Kirche neu ausgemalt worden. Die Jugend umrahmte die Veranstaltungen und Gottesdienste mit Chören. Die Beteiligung an den Vorträgen war von seiten der Gemeindeglieder außerordentlich stark.

Unvergeßlich wird allen Teilnehmern die Jugendversammlung bleiben, die auf der Wiese neben der Kirche beim Mondschein stattfand. Da klangen Heimatlieder als treues Bekenntnis zum deutschen Volkstum hinüber in die Ferne. Weit ab ist das deutsche Heimatland, näher fast das bolschewistische Rußland, wenn man aber diese deutschen Jungen und Mädchen sprechen und singen hört, so verschwinden Entfernungen und Landesgrenzen, und man fühlt sich geborgen in der großen deutschen Familie, die die ganze Welt umspannt. pz.

Deutsche Landschule ohne Lehrer

Kolmar, 7. September. Trotzdem viele deutsche Lehrer arbeitslos sind, ist die deutsche Schulklasse in Jankendorf seit Beginn des neuen Schuljahres ohne Lehrer. Angeblich soll auch für die deutsche Schulklasse noch keine neue Lehrkraft bestimmt sein.

Somit sind mehr als 60 deutsche Schulkinder bis auf weiteres ohne Unterricht.

Der zweite polnische Lehrer ist anstatt in die bisher für diesen vorgesehene Wohnung in die bisher vom deutschen Lehrer innegehabte eingezogen. Bisher herrschte hier allerseits, insbesondere auch mit der Schulleitung, ein stets gutes Einvernehmen, das auf gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung aufgebaut war. Es wäre sehr zu bedauern, wenn dieses gute Verhältnis Störungen erführe.

Drei deutsche Kriegergräber

Eine in Posen wohnhafte polnische Dame teilt uns liebenswürdigerweise mit, daß im Park der Oberförsterei Szelków Nowy, Kreis Maków, Wojewodschaft Warschau, drei deutsche Kriegergräber entdeckt worden sind. Zwei Inschriften, die noch lesbar sind, lauten auf folgende Namen: K. R. G. F. R. — Friedrich Klitzsch, 11. K. 2. 7. R 231 † 23. 7. 15; K. R. G. F. R. — Karl Springer, 10. K. J. R. 231 † 23. 7. 15. Wir geben diese Mitteilung weiter, um den Angehörigen die Auffindung der Gräber zu erleichtern.

Autokatastrophe bei Lodz

In der Wojewodschaft Lodz ereignete sich eine erschütternde Autokatastrophe, bei der 16 Personen leichtere oder schwerere Verletzungen davontrugen. Der Vorstand des Klubs „Maccabi" hatte eine Zusammenkunft sämtlicher Mannschaften des Lodzer Bezirks organisiert. U. a. sollte auch der Klub aus Sieradz eintreffen, der in zwei Lastautos nach Lodz fuhr. In dem einen Auto befanden sich die Männer, in dem anderen die Frauen. Auf der Chaussee zwischen Zduńska und Łask schlug das Auto, in dem die Frauen fuhren, aus bisher nicht festgestellter Ursache um, so daß alle Passagiere unter die Karosserie gerieten. Die Verletzten sind nach Lodz gebracht.

Einbrecher auf der Anklagebank

em. **Posen,** 8. September. Der bereits wegen Einbruchdiebstahls vorbestrafte Heinrich Deresiński und der bisher unbestrafte Alfons Barczewski aus Posen stahlen aus einem Verkaufs-Kiosk an der Cybina-Brücke Waren im Werte von 300 Złoty. Sie konnten aber auf frischer Tat gefaßt werden. Die Angeklagten hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter Vorsitz des Landrichters Szubert und Anklagevertreters Staatsanwalt Nowicki wegen Einbruchdiebstahls zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte für den wiederholt rückfälligen Einbrecher Deresiński eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren und für den Mitangeklagten Barczewski eine Strafe von 4 Monaten.

Das Gericht verurteilte Deresiński zu einem Jahre und Barczewski zu 6 Monaten Gefängnis. Barczewski wurde eine 5jährige Bewährungsfrist zugestanden.

Veruntreuungen eines Gemeindevorstehers

em. Der frühere Gemeindevorsteher Fr. Fabiś aus Napachanie, Kreis Posen, hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichtes wegen Veruntreuung amtlicher Gelder in Höhe von 1618,50 Złoty zu verantworten. In den Jahren 1927/31 verbrauchte er die einkassierten Steuerbeträge für seine persönlichen Zwecke, statt diese an das Finanzamt abzuführen. Der Angeklagte gibt die Tat zu, sucht sie aber mit dem Hinweis, daß in seiner 21jährigen Amtstätigkeit keine Kontrolle ausgeübt wurde und er auch keine Kassenführung hatte, zu entschuldigen. Er verlor die Uebersicht über die persönlichen und amtlichen Einnahmen.

Der Staatsanwalt beantragte für den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht ging über den Antrag hinaus und verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. Die milde Bestrafung ist auf das Fehlen jeglicher Kontrolle der Amtsführung des Angeklagten zurückzuführen.

Kanalisation aus dem 15. Jahrhundert

✕ **Thorn,** 8. September. Bei Kanalisationsarbeiten in Thorn in der ul. św. Ducha sind die Arbeiter auf einen guterhaltenen Brunnen in einer Tiefe von etwa 3 Metern gestoßen, wo man eine Wasserleitung in Gestalt einer eichenen Krippe fand, die aus dem 15. Jahrhundert stammen soll. Diese Endeckung würde beweisen, daß Thorn schon im Mittelalter Wasserleitungen gehabt hat, was der damaligen deutschen Stadtverwaltung ein gutes Zeugnis ausstellt.

Die letzten Tage in Lawica

Der 9., 12. und 13. September sind die drei letzten Renntage der Herbstsaison in Ławica. Am morgigen Mittwoch werden sechs Rennen gelaufen, darunter zwei Flachrennen, zwei Hürdenrennen und zwei Hindernisrennen. Unter den Hindernisrennen befindet sich ein Verkaufsrennen über 3600 Meter um den Preis von 1200 Złoty. Hier sind genannt: Blue Mountain, Arkan, Dziw, Rama II und Karrara.

Galvanischer Strom als Heilmittel

Am gestrigen Abend fand ein Vortrag von Dr. Mayer-Zürich über das galvanische Wolmuth-Heilverfahren statt. Bereits kurz nach 8 Uhr war der große Saal des Evangelischen Vereinshauses so überfüllt, daß er polizeilich gesperrt werden mußte. Der Redner ging in seinen Ausführungen, die sich in zwei Teile gliederten, zunächst in einem theoretischen Teil auf den Begriff der Elektrotherapie, d. h. der Heilanwendung der Elektrizität ein. Leicht faßlich behandelte er die Galvanisation als ein Teilgebiet der Elektrotherapie. Der Redner wies die Zuhörer vor allen Dingen darauf hin, sich auch bei einer galvanischen Behandlung keinen übermäßigen Hoffnungen hinzugeben, auch die Heilkraft des galvanischen Stromes sei im wesentlichen auf Krankheiten nervöser Art beschränkt. Eine allopathische Heilmethode wird sich nach der Ansicht von Dr. Mayer niemals dann vermeiden lassen, wenn eine rasche Hilfe not tut. Er hält das Nebeneinanderbestehen beider Methoden für möglich und wünschenswert. Nach einer kurzen Pause wurden einige Lichtbilder gezeigt, die die praktische Anwendung des galvanischen Apparates zeigten. Kurz nach 10 Uhr schloß der Redner dann seine Ausführungen.

Varieté „Alhambra"

Das Programm findet beim Publikum großen Beifall. Erwähnenswert sind die Kunstradfahrer Lados, das komische exzentrische Duo „Bobby and Mary, die französische Tanz- und Akrobatentruppe „Bono" und der bekannte Humorist Bronowski. Prof. Cluk als Fakir und Schwarzkünstler hält das gesamte Publikum in größter Spannung. Das Hausorchester unter Leitung des Kapellmeisters Hein trägt zur Verschönerung des Abends bei. Von heute ab werden die Künstler mit neuen Darbietungen aufwarten. Vorverkauf in der Zigarrenhandlung Szrejbrowski in der ul. Gwarna. Die Theaterkasse ist von 6 Uhr ab geöffnet.

Wieder ein Raubüberfall?

✕ **Samter,** 8. September. **Auf der Chaussee zwischen Młodacko und Gaj wurde, wie verlautet, ein Obstpächter aus Pinne von zwei unbekannten Tätern überfallen, die ihm mit vorgehaltenem Revolver 200 Złoty geraubt haben sollen. Es liegt der Verdacht vor, daß der Ueberfall fingiert ist; denn der Geschädigte ist bei zwei Polizeiposten vorbeigefahren, um erst in Pinne von dem Ueberfall Meldung zu erstatten.**

Geldanlagen im August

Die „Gazeta Polska" schreibt, daß im Monat August ein deutlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Kapitalisierung zutage getreten sei, was von einer bedeutenden Beruhigung des Finanzmarktes zeuge. Die Berechnungen der P. K. O. hätten gezeigt, daß der Stand der Spareinlagen in dieser Institution im Laufe der ersten drei Wochen des August um über 2½ Millionen Złoty gestiegen sei.

Inowrocław

z. Zwangsversteigerung. Das Städt. Exekutionsamt Inowrocław wird am 11. September 1931, vormittags 10½ Uhr auf dem Targowisko folgende Sachen versteigern: 200 Damenhüte, 1 Tisch, 2 Schreibtische, 1 Waschtisch, 1 Wäscheschrank, 1 Schrank, 1 Lastauto „Chevrolet", 1 Personenauto, 30 Kg. geräucherte Wurstwaren, 1 Damenpelz, 1 Liegesofa, 1 Spiegel, 1 Färse, 2 Arbeitswagen, 2 Schreibmaschinen, eine Eismaschine, 1 feuersichere Kasse, eine zweispännige Britschke, 2 Sofas, 1 Druckmaschine, 1 Büfett und 1 Grammophon. Ferner wird am Mittwoch, dem 9. d. Mts., um 11 Uhr vormittags bei Herrn Krajniak, Kościelna 9, 1 Ausziehtisch, 1 Waschtisch, 2 Nachttische, 1 Garderobenständer mit Spiegel versteigert.

z. Einbruchsdiebstahl. Am Donnerstag vergangener Woche drangen bisher unermittelte Diebe in die Wohnung von Juljan Lewandowski in Sikorowo ein und entwendeten daraus 1 braunen Anzug, 1 Paar Halbschuhe (Lackschuhe), 1 Paar graue Hosen, 100 Zigaretten und 50 Zł. in bar, womit sie in unbekannter Richtung entflohen.

z. **Verschwunden.** Der Kassierer des Gutes Tuczno, Kr. Inowrocław, Herr Pankracy Mroczkowski, fuhr am 1. September l. J. von Tuczno nach Inowrocław, um Gelder zu kassieren, und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Herr M., der 700 Złoty bei sich hatte, ist am 1. September gegen ½11 Uhr abends das letztemal in Inowrocław auf der Król. Jadwigi mit einer Frau gesehen worden, der er erzählte, daß er nach Tuczno fahren müsse. Er ist aber dort bisher nicht angekommen. M. ist am 3. Oktober 1907 in Kruszwice, Kr. Strelno, geboren, 1,70 Meter groß, schlank, blond. Bekleidet war er mit einem Sportanzug, langen Strümpfen und braunen Schuhen.

Mogilno

ri. Erteilte Schankkonzession. Nach langem vergeblichen Warten hat am 4. d. Mts. der Gastwirt Paschke in Schätzingen (Wszedzień), Kreis Mogilno, die Schankkonzession für alkoholische Getränke über 2½% Alkohol zurückerhalten.

Wichtig für Arbeitslose!

Unterstützungsansprüche des Handarbeiters

Die Arbeitslosenversicherung in Polen unterscheidet grundsätzlich zwischen Handarbeitern und Kopfarbeitern, zwischen dem Arbeitslosenfonds (fundusz bezrobocia) und der Angestelltenversicherung.

Während die angestellten Kopfarbeiter ausnahmslos versicherungspflichtig sind, also auch bei entsprechender Zeitdauer Unterstützungsansprüche haben, sind nur die Handarbeiter versicherungspflichtig, die in Betrieben mit mindestens fünf Arbeitern beschäftigt sind, alle anderen dagegen nicht. Nur die Versicherten haben aber auch Unterstützungsansprüche im Falle der Arbeitslosigkeit. Arbeiter in kleineren Betrieben sind weder versicherungspflichtig noch unterstützungsberechtigt.

Wird nun ein Unterstützungsberechtigter aus seiner bisherigen versicherungspflichtigen Arbeit entlassen, so hat er jedenfalls seinen Unterstützungsanspruch sofort, und zwar spätestens im Laufe eines Monats bei dem Arbeitsvermittlungsamt, bzw. der Krankenkasse anzumelden. Diese Anmeldung muß aber auch dann erfolgen, wenn der Unterstützungsberechtigte sofort oder bald danach in einem anderen nicht versicherungspflichtigen Unternehmen Arbeit findet, oder auch in einem versicherungspflichtigen Unternehmen eine geringer bezahlte Gelegenheitsarbeit übernimmt.

Zwar muß er die neue Arbeit sofort melden und darf auch keine Unterstützungsbeiträge mehr beziehen — andernfalls würde er sich wegen Betruges strafbar machen — aber der einmal geltend gemachte Unterstützungsanspruch bleibt für die Dauer eines Jahres bestehen und lebt wieder auf, sobald er die Arbeit verliert, und zwar auf der Grundlage der derzeitig angemeldeten Berechtigung.

Unterbleibt die rechtzeitige Anmeldung des Anspruches, so geht nach Monatsfrist jeder Unterstützungsanspruch verloren, wenn die spätere Arbeit in einem nicht versicherungspflichtigen Unternehmen erfolgte. Handelt es sich aber um Gelegenheitsarbeit in einem versicherungspflichtigen Unternehmen, so wird im Unterstützungsfalle die letzte Verdienststufe zugrunde gelegt.

In jedem Falle also muß im Falle der Arbeitslosigkeit der Unterstützungsanspruch sofort angemeldet werden, um Verluste zu vermeiden.

Posener Tageblatt **Recht und Steuern** Nr. 206 Mittwoch, den 9. September 1931

Einiges über das Jagdnutzungsrecht

nach den Bestimmungen des polnischen Jagdgesetzes

Das neue polnische Jagdgesetze auf Grund der Verordnung des Staatspräsidenten vom 3. Dezember 1927, das in der Hauptsache ein Werk des im vorigen Jahre tödlich verunglückten polnischen Jagdschriftstellers Juljan Ejsmond ist, hat hinsichtlich des im früheren preußischen Teilgebiet geltenden preußischen Jagdgesetzes einige Aenderungen in der Neuordnung der Jagdbezirke gebracht, die von größerer Bedeutung hauptsächlich für die Besitzer eigener kleinerer Jagdbezirke geworden sind. Trotzdem im wesentlichen die früheren preußischen Jagdvorschriften durch die Bestimmungen des neuen Gesetzes nicht außer Kraft gesetzt wurden, sind viele eigene Jagdbezirke dadurch aufgelöst worden, daß das neue Gesetz das Mindestmaß zur Bildung eigener Jagdbezirke von 75 Hektar auf 100 Hektar heraufgesetzt hat. Für die Besitzer solcher Jagdbezirke sind aber nach dem neuen Gesetz immer noch Möglichkeiten gegeben, im Zusammenschluß mit anderen Jagdbesitzern ihren früheren Eigenjagdbezirk zu nutzen. Im folgenden sollen die Möglichkeiten untersucht werden, die eine solche Bildung von selbständigen Jagdbezirken erlauben.

Hinsichtlich der Jagdnutzung in einem eigenen Jagdbezirk bestimmt das Gesetz in Art. 6, daß nur solche Grundeigentümer ihre eigene Jagd haben können, deren Grundstück eine Fläche von mindestens 100 Hektar zusammenhängender Fläche aufweist. Wesentlich für die Entstehung eines eigenen Jagdbezirks auf einer solchen Fläche wie überhaupt für die Entstehung eines Jagdbezirks ist der Umstand, daß die gesamte Fläche „zusammenhängend" ist, d. h. durch keinerlei Flächen, die anderen Grundeigentümern und zu anderen Jagdbezirken gehören, getrennt wird. Wie schon nach dem früheren preußischen Gesetz werden jedoch öffentliche Wege und Gewässer, Bahnlinien, ebenso Privatwege, auf denen der betreffende Grundeigentümer ein privates Benutzungsrecht (Grunddienstbarkeit) besitzt, nicht als trennende Hindernisse angesehen; ihre Fläche darf allerdings nicht zu der Fläche des Grundeigentümers hinzugerechnet werden, sie bleibt jagdfrei und gehört also weder zum Eigenjagdbezirk noch zu irgendeinem anderen Jagdbezirk. Sind die Bedingungen einer zusammenhängenden Fläche von 100 Hektar erfüllt, so ist damit noch nicht der eigene Jagdbezirk entstanden. Anders als das frühere preußische Gesetz bestimmt das neue Jagdrecht, daß erst mit der Registrierung durch den zuständigen Starosten (auf einen entsprechenden Antrag hin) der eigene Jagdbezirk entsteht. Ist er jedoch einmal auf diese Weise entstanden, so ist die Zeitdauer seines Bestehens unbegrenzt; es steht dem Eigentümer frei, ihn aufzuheben oder einem anderen Jagdbezirk anzuschließen. Nur wenn die eigene Jagd verpachtet ist, darf der Eigenjagdbezirk von dem Grundeigentümer nicht vor Ablauf dieser Pachtzeit aufgelöst werden. Außer dem Eigenjagdbezirk kennt das Jagdgesetz den sog. gemeinsamen Jagdbezirk, der in der Jagdgenossenschaft eigene Rechtspersönlichkeit besitzt. Zu solchen Jagdgenossenschaften werden alle diejenigen Grundeigentümer zusammengeschlossen bzw. können sich nach näherer Bestimmung des Gesetzes zusammenschließen, die für sich allein nicht einen eigenen Jagdbezirk bilden können, weil sie nicht 100 Hektar zusammenhängender Grundfläche besitzen. Der Verschiedenartigkeit der Flächen in einzelnen Gemeinden angemessen sind mehrere Möglichkeiten zur Bildung von Jagdgenossenschaften gegeben.

Auch das Mindestmaß der Fläche solcher Jagdgenossenschaften ist auf 100 Hektar festgesetzt. Von einschneidender Bedeutung ist hierbei jedoch die Bestimmung, daß Jagdgenossenschaften, die durch den Zusammenschluß mehrerer Grundeigentümer zu einer Jagdfläche von über 100 Hektar entstehen, immer den gesamten Gemeindebezirk umfassen müssen, da kleinere Jagdflächen der Gemeinde, die nicht zu einem Eigenjagdbezirk gehören, nicht ungenutzt bleiben dürfen. Von diesem Grundsatz sind jedoch in bestimmten Fällen Ausnahmen möglich.

Zunächst ist der Größe einzelner Gemeinden entsprechend vorgesehen, daß nach Abzug der in einer Gemeinde bestehenden Eigenjagdbezirke mehrere selbständige Jagdgenossenschaften entstehen können. Dies ist jedoch nur in solchen Gemeinden möglich, die nach Abzug von evtl. bestehenden Eigenjagdbezirken noch eine Fläche von 1000 Hektar aufweisen; auch müssen diese mehreren Jagdgenossenschaften für sich allein wieder mindestens 500 Hektar aufweisen und zusammengenommen das gesamte Gemeindeterrain umfassen — eine Bestimmung, die bei den bei uns bestehenden kleineren Gemeinden wenig Anwendung finden dürfte. Praktisch bedeutsamer ist die zweite Ausnahme von dem obigen Grundsatz. Auch in kleineren Gemeinden sind mehrere Jagdgenossenschaften von mindestens 100 Hektar möglich, wenn die Gemeinde durch bestehende Eigenjagdbezirke in mehrere nicht zusammenhängende Flächen von mindestens 100 Hektar geteilt wird. Bei einer solchen Zerstückelung ist es auch in kleineren Gemeinden möglich, Jagdgenossenschaften von mindestens 100 Hektar zu bilden. Alle diese Jagdgenossenschaften zusammengenommen müssen aber wieder die gesamte Gemeindefläche umfassen.

Weniger Bedeutung hat bei den bei uns in der Hauptsache aus einem Dorfe bestehenden Gemeinden die dritte Ausnahme, daß, wenn eine Gemeinde aus mehreren Dörfern besteht, jedes Dorf für sich, sofern es nach Abzug bestehender Eigenjagdbezirke noch 250 Hektar zusammenhängender Fläche aufweist, eine Jagdgenossenschaft bilden kann. Häufiger wird vielleicht der in Artikel 9 des Jagdgesetzes aufgeführte Fall vorkommen, daß mehrere Gemeinden sich zu einer Jagdgenossenschaft zusammenschließen. Hierzu ist jedoch erforderlich, daß mindestens sich die Hälfte der Grundeigentümer eines jeden Dorfes dafür ausspricht.

Jede Jagdgenossenschaft entsteht nach Ablauf eines Monats seit Einreichung eines entsprechenden Antrags der betreffenden Grundeigentümer an den Starosten. Dieser Antrag muß vom Gemeindevorstand in bezug auf die darin enthaltenen Angaben beglaubigt werden. Der Starost kann, sofern die Jagdgenossenschaft nicht den gesetzlichen Erfordernissen entspricht, den Antrag ablehnen innerhalb der erwähnten Monatsfrist. Auch gegen den Willen einzelner Grundeigentümer kann eine Jagdgenossenschaft gebildet werden, sofern nämlich mehr als die Hälfte der zur Jagdgenossenschaft gehörigen Grundeigentümer einen in Art. 13 des Jagdgesetzes näher bezeichneten Antrag bei dem zuständigen Starosten stellt. Dieser Zwangsgenossenschaft wird ebenfalls wie den anderen freiwilligen Genossenschaften auf Grund eines Statuts, das die nähere Verwaltung regelt, eigene Rechtspersönlichkeit verliehen.

Bedeutungsvoll für Besitzer früherer Eigenjagdbezirke, ebenso für ausgebaute und an der Dorfgrenze liegende Besitzer ist der Art. 10 des Jagdgesetzes, der diese Sonderfälle näher ins Auge faßt. Es besteht hiernach die Möglichkeit, daß ein Grundeigentümer, der vermöge seiner Lage nicht an eine Jagdgenossenschaft in seiner Gemeinde angeschlossen werden kann, sein Jagdterrain einer anderen Gemeinde zur Jagdnutzung anschließen kann. Voraussetzung ist hierfür, daß sein Gebiet an eine Jagdgenossenschaft der betreffenden anderen Gemeinde oder an einen dort bestehenden Eigenjagdbezirk grenzt. Sofern ein solcher Grundeigentümer an einen Eigenjagdbezirk der angrenzenden oder seiner Gemeinde grenzt, kann er sein Gebiet an den Besitzer des Eigenjagdbezirks entweder verpachten oder selbst den Eigenjagdbezirk pachten, um mit diesem gemeinsam auch sein Gebiet jagdlich nutzen zu können. Diese in Art. 10 enthaltene Sonderbestimmung wird vielfach den Besitzern früherer eigener Jagden (da früher nur 75 Hektar zur Bildung von Eigenjagdbezirken nötig waren) die Möglichkeit geben, ihr Jagdterrain auch weiterhin allein jagdlich nutzen zu können, allerdings müssen in irgendeiner Weise die ebengenannten Voraussetzungen vorliegen. Auf einen Antrag an den zuständigen Starosten hin, der eine genügende Angabe der nach Art. 10 erforderlichen Voraussetzungen enthält, werden so frühere Jagdnutzungsrechte wiederhergestellt werden können.

Rechtsspiegel

Folgen des Tabakanbau-Verbotes

Wie bekannt, liegt die Produktion und der Handel mit Tabakerzeugnissen vollkommen in der Hand der Staatlichen Monopolverwaltung. Nur in ganz bestimmten Gebieten von Polen ist der seit früher bestehende Tabakanbau zugelassen, aber auch hier vollzieht sich die gesamte Produktion unter schärfster Kontrolle der Monopolverwaltung. In unserem Teilgebiet wurde bei der Tabakknappheit während des Krieges der Tabak vielfach von Privatleuten zum eigenen Verbrauch angebaut, und noch recht in Erinnerung sind sicher jedem die vielen Trockenapparate und Zigarrenmaschinen, mit denen man den selbstgebauten Tabak rauchfertig mit mehr oder weniger Erfolg zu machen suchte. Seit nun wieder etwas leidlichere Zeiten in bezug auf das Rauchen angebrochen waren, hat man sich nicht mehr um den Tabakanbau gekümmert, dabei aber vielfach vergessen, die Tabakpflanzen, die sich nun in den Gärten eingebürgert hatten und dort vielfach wild wuchsen, auszureißen und zu vernichten, wie das die strenge Monopolverwaltung, um ja wieder 400 Millionen herauszuwirtschaften, wünschte. Gar manchem ist diese Nachlässigkeit zum Verhängnis geworden, wenn zufällig das Argusauge eines Monopolbeamten die wildwuchernden Tabakpflanzen entdeckt hatte. Vielfach hat die Monopolverwaltung geradezu Beamte ins Land hinausgeschickt, um nach solchen wild wuchernden Tabakpflanzen zu fahnden, sie mit Stumpf und Stiel auszurotten und den ahnungslosen Besitzer nach einiger Zeit mit einem kleinen Strafbefehl zu überraschen. Aehnlich wird es im vorliegenden Falle dem Kläger ergangen sein, der sich jedoch nicht scheute, die Entscheidung des Obersten Gerichts wegen der Strafe, die ihm ungerecht dünkte, anzurufen. Das Oberste Gericht (Entscheidung vom 17. 6. 30. II. 4. R. 260/30) hat in dieser Frage folgendes Urteil gefällt: Sowohl der unerlaubte Tabakanbau wie auch das strafwürdige Pflegen von Tabakpflanzen ziehen eine strafbare Verantwortung im Sinne des Art. 57 des Steuerstrafgesetzes in den Fällen von Vorsatz und Fahrlässigkeit nach sich. Nicht nur das Säen und Pflegen von Tabak ist strafbar, sondern auch die Gleichgültigkeit gegenüber einem selbständigen Wachsen von Tabak, die sich auf die Annahme stützt, daß ohne tätige Pflege die Pflanze zugrunde gehen wird oder daß man denkt, es werde immer noch Zeit zur Vernichtung des Tabaks sein, inzwischen aber die Pflanze sich entwickelt und gut gedeiht, ohne daß sie vernichtet wird. Ein solches Verhalten fällt aber unter Art. 57 des genannten Gesetzes und zieht die Strafbarkeit des Betreffenden nach sich.

Wie aus diesem Urteil zu ersehen ist, wird also mit äußerster Strenge selbst die Gleichgültigkeit gegenüber dem Wuchern einer Tabakpflanze von den Steuerstrafbestimmungen erfaßt.

Zur Einkommensteuer-Veranlagung

Die Bedeutung der Versäumnis

Das Einkommensteuergesetz (Art. 50, 58, 63 und 68, Abs. 2) sichert dem Steuerzahler ein Mitwirkungsrecht bei der Festsetzung der Unterlagen zur Steuereinschätzung zu, das sich von den ersten Tätigkeiten der Einschätzung angefangen bis zu dem Augenblick der Rechtsgültigkeit der Einschätzung erstreckt. Dieses Mitwirkungsrecht wird vom Gesetz von der Erfüllung bestimmter Bedingungen durch den Steuerzahler abhängig gemacht. Im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen gerät der Steuerzahler in eine sog. Versäumnis (zaoczność), d. h. er verliert das Recht, bei der Steuereinschätzung mitzuwirken, und die Einschätzungsbehörde hat dann in solchem Falle das Recht, die Steuer auf Grund der Angaben, über die sie verfügt, festzusetzen. Diese tatsächlichen Angaben, die als Unterlage der Versäumniseinschätzung dienten, kann der Steuerzahler nicht mehr auf Grund einer Berufung anfechten.

Trotzdem die Gesetzesvorschriften auf diesem Gebiet ziemlich klar sind, und ebenso die Judikatur des Obersten Verwaltungsgerichts ziemlich reichhaltig und vielseitig ist, so wirft die Auslegung dieser Vorschriften durch die Einschätzungsbehörden doch noch eine Reihe von Fragen auf.

Im Sinne einer einheitlichen Auffassung dieser formellen Vorschriften bei der Einkommensteuereinschätzung im Einklang mit der Rechtsprechung des Obersten Verwaltungsgerichts hat das Finanzministerium in einem Rundschreiben folgendes erklären lassen:

Nach den Bestimmungen des Art. 50, Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes gerät der Steuerzahler in vollständige Versäumnis (zaoczność) im Falle der Nichtvorlegung eines Einschätzungserkenntnisses oder im Falle der Einreichung einer solchen Schrift nach dem dafür festgesetzten Termin. Diese Steuerveranlagung muß auf einem vorgeschriebenen Formular vorgelegt werden, und daher ist mit einem Steuerzahler, der diese Veranlagung nicht auf dem vorgeschriebenen Formular vorlegt, so zu verfahren, als ob er überhaupt nichts eingereicht hätte.

Wenn diese Veranlagung ein Steuerpflichtiger nicht vorlegt, der behauptet, daß er der Zahlungspflicht der Einkommensteuer nicht unterliege, so finden die Versäumnisfolgen auf einen solchen Steuerpflichtigen nur dann Anwendung, falls die Einschätzungsbehörde ihm die in ihrem Besitz befindlichen Angaben, die nach ihrer Meinung eine Steuerpflicht begründen, vorgelegt hatte, aber der Steuerpflichtige seinerseits die Feststellungen der Behörde durch eine Beantwortung nicht entkräftet hatte.

Das Versäumnisverfahren greift auch dann Platz, wenn der Steuerpflichtige auf die ihm im Sinne des Art. 58 des Gesetzes dargestellten Zweifel hinsichtlich der Richtigkeit und Genauigkeit seiner Angaben entweder keine Antwort erteilt oder aber erst nach der ihm von der Behörde gesetzten Frist antwortet. In diesen beiden Fällen fällt der Steuerpflichtige in eine sog. teilweise Versäumnis, d. h. er gerät in Versäumnis in Bezug auf die tatsächlichen Angaben, die von der Behörde in der ihm zugestellten Schrift angezweifelt worden waren. Wenn der Steuerzahler zwar in der ihm gesetzten Frist geantwortet hatte, die Einschätzungsbehörde aber seine Erklärungen als unzureichend ansieht, dann kann sie ihm die Steuer auf Grund der Angaben, über die sie verfügt, festsetzen, muß jedoch vorher den Steuerzahler davon benachrichtigen, warum sie seine Erklärungen als unzureichend angesehen hat. In diesem letzten Falle verliert jedoch der Steuerzahler trotz der Stützung der Einschätzung auf amtliche Angaben nicht das Mitwirkungsrecht bei der Einschätzung, und er kann deshalb im Berufungsverfahren mit Rechtserfolg Einwände gegen die tatsächlichen Angaben, auf die die Behörde ihre Einschätzung stützte, erheben.

Die Aufforderung des Steuerzahlers zur Vorlegung der Handelsbücher gemäß Art. 58 des Gesetzes zieht keine Versäumnisfolgen nach sich, wenn der Steuerpflichtige auf diese Aufforderung hin antwortet, aber keine Handelsbücher vorlegt.

Wie schon hervorgehoben, setzt die Einschätzungsbehörde dem Steuerzahler, der in Versäumnis geraten ist, die Einkommensteuer auf Grund der Angaben fest, über die sie verfügt. Diese Angaben können jedoch nicht willkürlich sein und müssen sich auf konkrete tatsächliche Umstände stützen, die davon zeugen, daß im betreffenden Steuerabschnitt der Steuerzahler ein solches Einkommen und kein anderes gehabt hat. Diese tatsächlichen Umstände müssen ihren Ausdruck in den Akten der Angelegenheit finden. Es ereignen sich nämlich Fälle, in denen vom Obersten Verwaltungsgericht Entscheidungen der Berufungsinstanzen deshalb aufgehoben werden, weil das oberste Tribunal auf Grund der Sachakten nicht feststellen konnte, ob die Steuer richtig festgesetzt war oder nicht. Sofern es sich um juristische Personen handelt, die richtige Handelsbücher führen und auf Grund des Art. 21 des Einkommensteuergesetzes besteuert werden, so muß auch im Versäumnisverfahren ihr Steuereinkommen auf Grund der in den Handelsbüchern enthaltenen Angaben festgesetzt werden, es sei denn, daß diese Bücher infolge der Aufdeckung formeller oder materieller Mängel in der Buchführung oder im Rechnungsschluß von der zuständigen Steuerbehörde als nicht richtig geführt angesehen werden.

Im Falle der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten, die diese Handelsbücher disqualifizieren, muß dem Steuerzahler trotz der Versäumnis mitgeteilt werden, auf Grund welcher Angaben die Einschätzungsbehörde zu dem Schluß gekommen ist, daß die geprüften Handelsbücher formell fehlerhaft oder auch materiell unglaubwürdig seien.

(Rundschreiben vom 24. Februar 1931. C. D. V. 1041/4/31.)

Aus dem Mietrecht

Berechnung des Wassergeldes bei Erhöhung der Miete

Die Rechtsfrage, ob die gültig vom Mieter vor Inkrafttreten des Mieterschutzgesetzes vertraglich übernommene Pflicht zur Zahlung der Wassersteuer entfällt, wenn die Miete 75 Prozent der Grundmiete gemäß Art. 7, Abs. 2 des genannten Gesetzes erreicht hat, entschied das Oberste Gericht in einer Senatssitzung von sieben Richtern verneinend aus folgenden Gründen: Die Auslegung des genannten Artikels des Mieterschutzgesetzes in einem diese Frage bejahenden Sinne widerspricht dem Geist, Zweck und Ziel des Mieterschutzgesetzes. Das Gesetz begrenzt in seinem zweiten Abschnitt einerseits die Möglichkeit einer willkürlichen Erhöhung des Mietzinses mit Rücksicht auf den allgemeinen Wohnungsmangel, andererseits regelt es mit Rücksicht auf die Entwertung des Mietzinses eine stufenweise Aufwertung der Miete. Im ersten wie im zweiten Falle ist der volle Vorkriegsmietzins Bemessungsgrundlage, und das Bestreben der Gesetzesvorschriften geht in der Richtung einer langsamen Wiederherstellung des vollen Vorkriegsmietzinses. Das also, was man vor dem Kriege für seine Wohnung bezahlt hat, ist das Ideal, zu dem das Gesetz hinstrebt. Bei dieser Sachlage wäre die Ansicht unvereinbar mit dem Ziel des Gesetzes, daß das Gesetz außer den vorübergehenden Beschränkungen, die in Art. 6 erwähnt sind, durch die Vorschriften in Art. 33, Abs. 2 alle vertraglichen Vorkriegsabmachungen, die dem Mieter noch andere Lasten als in diesem Falle die Bezahlung des Wassergeldes auferlegt haben, für ungültig erklärt habe. Die Mietzinse, wie sie in Art. 6 bezeichnet sind, waren in den ersten Vierteljahren nach dem Inkrafttreten des Mieterschutzgesetzes so niedrig, daß sie nicht die Ausgaben deckten, die auf dem Hauseigentümer lasten, oder sie gaben einen sehr geringen Ueberschuß über diese Ausgaben; daher wurde in Art. 7 des Mieterschutzgesetzes die Abwälzung dieser Ausgaben auf die Mieter erlaubt. Diese Vorschrift war notwendig mit Rücksicht auf die Mieter, die in dem Vertrage — und dieser Typ war die Regel — sich nicht zur Tragung dieser Ausgaben verpflichteten, dagegen war sie überflüssig für diejenigen Mieter, die schon vertraglich zur Tragung der Ausgaben verpflichtet waren, und auf diese bezieht sich die genannte Vorschrift also nicht. Daher kann die Bestimmung des Abs. 2 dieses Artikels, daß diese Pflicht des Mieters erlischt, wenn der Mietzins 50 Prozent bzw. 75 Prozent der Grundmiete erreicht, sich nur auf diejenigen Mieter beziehen, die infolge dieser Gesetzesvorschrift zur Tragung der Wasserausgaben verpflichtet waren, nicht dagegen auf die Mieter, die infolge eines Vorkriegsvertrages zur Tragung dieser Ausgaben verpflichtet waren. Für die Richtigkeit dieser Ansicht spricht auch schon der Wortlaut der Gesetzesvorschrift. Art. 7, Abs. 1 betont ausdrücklich in seiner Einleitung, daß die Hauseigentümer von den Mietern Mietzuschläge unter dem Titel „Miete" erheben können. Da die Bezahlung für die Benutzung des Wassers nichts mit der Entschädigung für den Gebrauch der Wohnung gemein hat, die nach bürgerlichem Recht Mietgegenstand ist, läßt sich der Gebrauch der Redewendung „Miete" („tytułem komornego") logisch nur auf die Weise erklären, daß der Hauseigentümer, der mit dem Mieter die Höhe der Miete abmacht, auf sich die Zuzahlungen genommen hat, aber in der Kalkulation des Mietzinses diesen Umstand berücksichtigt hat, d. h. diese Abgaben zu der Miete hinzugerechnet hat, wodurch dann der Mietzins um diese Abgabe gewachsen ist. Die Richtigkeit dieser Anschauung folgt auch daraus, daß im Sinne der obengenannten Gesetzesvorschrift der Hauseigentümer diese zusätzlichen Abgaben von den Mietern gegen Vorlegung der einzelnen Rechnungen für diese Bezahlungen erheben kann. Ein solcher Fall läßt sich nur dann denken, wenn der Hauseigentümer diese Rechnungen in seinen Händen hat, und das wird dann der Fall sein, wenn er selbst die genannten Verbindlichkeiten erfüllt, und nicht, wenn diese Pflicht auf dem Mieter lastet. Eine andere Auslegung der angezogenen Gesetzesbestimmungen würde der gesetzgeberischen Logik widersprechen, da sie zu der Folgerung führen würde, daß heute bei dem Steigen der Miete bis zu 100 Prozent der Grundmiete diejenigen Mieter, die nicht zur Zahlung des Wassergeldes verpflichtet waren, denselben Mietzins wie im Jahre 1914 bezahlten, dagegen daß diejenigen, die außer der Miete zu diesen zusätzlichen Leistungen verpflichtet waren, eine Gratifikation in Gestalt der Befreiung von dieser Verpflichtung erhielten; sie würden also für die Wohnung mit Wasser weniger bezahlen als die andere Kategorie von Mietern. (Entscheidung des Obersten Gerichts vom 18. Dezember 1930, III. 1. kw. 530/30.)

Anmerkung: Diese Entscheidung ist in jeder Hinsicht interessant und wichtig. Es wird also festgestellt, daß der Mieter auch bei Erreichung des Vorkriegssatzes der Miete das Wassergeld selbst bezahlen muß. Der Hauseigentümer braucht diese Lasten also nicht zu tragen. Die Pflicht zur Tragung dieser Lasten lastet sowohl auf dem Mieter, der während der Inflation oder später diese Verpflichtung übernommen hat, als auch auf Vorkriegsmietern. In der Grundmiete ist der Wasserpreis nicht miteinbegriffen, sondern der Hauswirt kann besondere Zuschläge hierfür erheben, wenn er diese Lasten trägt.

Untermieter in Neubauwohnungen unterliegen nicht dem Mieterschutzgesetz

In einer Entscheidung vom 5. August 1930, III. 1. kw. 256/30 hat das Oberste Gericht diesen Grundsatz ausgesprochen. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß aus dem allgemeinen Wortlaut des Art. 2, Ziffer 1a des Mieterschutzgesetzes die Folgerung zu ziehen ist, daß von den Ausnahmebestimmungen bei Neubauwohnungen (die nicht dem Mieterschutzgesetz unterliegen) nicht nur das Verhältnis des Mieters zum Hauswirt erfaßt wird, sondern auch das Verhältnis vom Mieter zum Untermieter. Wenn dieses letztere Verhältnis unter die Schutzbestimmungen hätte fallen sollen, so wäre das im Gesetz ausdrücklich vermerkt worden, wie das beispielsweise bei der Wohnungssteuer tatsächlich der Fall ist.

Messe und Krise

Nach der Leipziger Herbstmesse 1931

Kgs. Leipzig. — Nach Angaben zahlreicher Beteiligten ebenso wie nach dem Gesamteindruck zeitigte seit langem keine Messe so niederdrückende Ergebnisse wie diese Herbstmesse. Nur bescheidene Hoffnungen einer Zahl von 6800 Ausstellern, nur um 800 Firmen gegen das Vorjahr vermindert, sind erfüllt worden, für die grosse Mehrzahl blieb der Inlandsmarkt ein Rätsel und der Auslandsmarkt verschlossen.

Auf dem Inlandsmarkt hatte man in Anbetracht der starken Kaufkraftminderung, die seit Beginn dieses Jahres bei Arbeitern und Angestellten durch Einnahmeausfall auf rund 3 Milliarden geschätzt wird, zwar geringe, aber doch eben einige Hoffnungen gesetzt. Und zwar aus der Erwägung, dass infolge der Kapitalknappheit und Kreditunsicherheit die Läger sowohl des Gross- wie des Einzelhandels geräumt sein müssten, so dass eine gewisse Lagerauffüllung nötig wäre. Dazu kam die Erwartung auf das, wenn auch noch so bescheidene Weihnachtsgeschäft und bestimmten Winterbedarf. Alle diese Erwartungen haben sich in der Hauptsache als irrig erwiesen. Der Einzelhandel gab nur kleine und kleinste Bestellungen auf, Grosseinkäufer nahmen ebenfalls kaum etwas ab, so dass offenbar überall noch grössere Warenreserven bestehen, als anzunehmen war. Trotzdem können nach unserer Auffassung diesmal mittelbare Aufträge im Gegensatz zu dem Ausfall an unmittelbaren Messeaufträgen bei ruhigem Winterverlauf das Messeergebnis relativ stärker als ein Durchschnitt korrigieren; von den meisten Interessenten sind Muster und Preise mitgenommen worden, um im Bedarfsfall die jeweiligen Bestellungen zu geben. Da für jeden Geschäftsmann diesmal der Messebesuch ein besonders finanzielles Opfer bedeutete, ist auch das ernsthafte Interesse an eventuellen Bestellungen bei der stark verringerten Besucherzahl wahrscheinlich. Die Preisfrage trat demgemäss an Bedeutung etwas zurück; wer nicht zu bestellen wagt, weiss eben aus Misstrauen in das gegenwärtige Preisniveau noch nicht, wie er überhaupt seine Kalkulation stellen soll; er vertagt daher den Einkauf. Wer aber abschloss, erhielt unter dem drängenden Ueberangebot so weit reduzierte Preise, wie es der Fabrikant noch leisten konnte. Da auf der ganzen Messe, mit Ausnahme einiger modischer Neuheiten, ohnedies nur „Preise" und keine „Waren" gekauft wurden, hatte die Kunst des Einkäufers die Führung an das Können des Verkäufers abgegeben.

Blieben also die näheren Aussichten des Binnenmarktes unklar, so zeigten sich die Auslandsmärkte fast verschlossen. Gerade die wichtigen überseeischen Kunden fehlten fast ganz; dasselbe galt für England, das offenbar infolge der rapide ansteigenden eigenen Schwierigkeiten einen neuen Ausfall für den deutschen Export bedeutet. Die grosse Exportmesse ist ja die des Frühjahrs, aber gerade die kleinen und mittleren Betriebe, die nicht wie die (im Frühjahr ausstellenden) Grossindustrien im Auslande Vertretungen haben, wollen in Leipzig von den Ausländern gesehen werden. Für sie wiegen daher die fehlenden Exportchancen um so schwerer. Nennenswerte Aufträge wurden nur von den skandinavischen Ländern gegeben, ausserdem, wie immer, von Holland, mit der Schweiz kamen erheblich weniger Abschlüsse zustande als früher; verstärkter Besuch zeigte sich aus Polen und der Tschechoslowakei. Das Charakteristikum aber blieb, dass alle Br[illegible]hen das Ausbleiben alter Stammkundschaft zu bekla[illegible] hatten, ein Beweis dafür, wie stark die gesamte Weltwirtschaft und die Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte unter der Krise zu leiden hat und welch schwerer Kampf der deutschen Industrie um eine Steigerung ihres Exportes bevorsteht.

Und nun noch ein flüchtiger Blick auf die Beteiligung Polens. Bekanntlich ist Polen auf den letzten zwei Frühjahrsmessen mit einer geschlossenen Sonder-Kollektivausstellung aufgetreten, die einen ernsten Versuch darstellte, die polnische Exportindustrie im Wege der Leipziger Messe enger an den Weltmarkt heranzuziehen. Beide Veranstaltungen konnten einen beachtenswerten moralischen Erfolg aufweisen. An der Herbstmesse ist Polen jedoch nicht in so hohem Masse wie an der Frühjahrsveranstaltung interessiert, was sowohl in der Aussteller- als auch in der Einkäuferzahl zum Ausdruck kommt. Die Herbstmesse 1929 stellte im ganzen einen einzigen polnischen Aussteller und 430 Besucher, auf der Frühjahrsmesse 1930 (Kollektivausstellung) erschienen 55 Ausstellerfirmen und fast 1800 Besucher, die Herbstmesse 1930 brachte 3 Aussteller und knapp 700 Besucher, die Frühjahrsmesse 1931 (2. Kollektivausstellung) 42 Aussteller und fast 1200 Besucher. Auf der diesjährigen Herbstmesse stellten 4 polnische Firmen aus, also trotz der Krise eine noch grössere Anzahl als im Vorjahre, wogegen die Besucherzahl mit ungefähr 200 hinter der vorjährigen Herbstmesse zurückbleiben dürfte. Man kann also feststellen, dass die Pflege der Messebeziehngen zu Leipzig in Polen trotz der Schwere der Zeit zumindest keine Einbusse erlitten hat. Wie von seiten des polnischen Generalkonsulates in Leipzig verlautet, beabsichtigt die polnische Exportindustrie auch auf der kommenden Frühjahrsmesse geschlossen zu erscheinen und man arbeitet darauf hin, einen geschlossenen polnischen Messepalast nach Art des österreichischen und tschechoslowakischen in Leipzig zu errichten, um der polnischen Industrie die Möglichkeit zu bieten, sich hier dauernd auf allen Messen zu etablieren. Es hat somit den Anschein, als ob die richtige Wertung der Leipziger Messe für den Aufbau der Exportbeziehungen auch in Polen immer mehr Gemeingut aller Wirtschaftskreise werden wollte.

Ein amerikanisches Urteil über die europäische Wirtschaftsnot

Die National City Bank in New York befasst sich in ihrem letzten Monatsbericht eingehend mit den Ereignissen in Europa. Sie hält die Beseitigung der gegenwärtigen Unsicherheit für dringend erforderlich, wenn man endlich wieder zu einer Gesundung des Geschäftslebens kommen wolle. Als das Hoover-Moratorium bekannt wurde, bezeichnete man als seinen Zweck, die Schuldnerstaaten in die Lage zu versetzen, ihre Wirtschaft wieder aufzubauen. Ob dies innerhalb des Hooverjahres möglich sein wird, glaubt die National City Bank jedoch nicht, denn zwei Monate dieser Frist sind bereits resultatlos verstrichen. Es erhebt sich daher immer dringender die Frage, was nach dem 1. Juli 1932 geschehen soll. Es wird noch vieler Arbeit bedürfen, wenn die Welt zu diesem Peitpunkt nicht noch schlechter dastehen soll als zur Zeit der Erklärung des Moratoriums. Es ist unverständlich, dass die Regierungen den Dingen so einfach ihren Lauf lassen wollen. Die bestehende Unsicherheit übt allenthalben einen verderblichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben sowohl wie auf die Rohstoffmärkte aus. Vor allem ist eine Wiederherstellung des Vertrauens erforderlich, das nur durch die Beseitigung der Unsicherheit über die Lage Europas erzielt werden kann. Der Bericht kritisiert sodann scharf die europäische Politik, insbesondere soweit die deutsch-französischen Beziehungen in Frage kommen. Die hinsichtlich der englischen Schwierigkeiten unternommenen Schritte hätten die Stimmung bereits bessern können.

Der Bau der Kohlenbahn

Die Bauarbeiten an der von der Französisch-Polnischen Eisenbahngesellschaft in Pacht genommenen Kohlenmagistrale Ostoberschlesien—Gdingen bezwecken zunächst die endgültige Fertigstellung der bereits provisorisch betriebenen Teilstrecken, nämlich der Nordstrecke Bromberg—Gdingen (200 km) und der Südstrecke Herby Nowe—Zduńska Wola (100 km) und ferner den Bau der Mittelstrecke Zduńska Wola—Hohensalza (etwa 150 km). Auf der Mittelstrecke sind Erdarbeiten, die Legung von Gleisen und der Bau von Eisenbahnknotenpunkten durchzuführen, worauf der Verkehr auf der gesamten zunächst eingleisig ausgeführten Linie von Ostoberschlesien bis zum polnischen Ostseehafen Anfang nächsten Jahres aufgenommen werden soll. Die Zahl der an dem Bahnbau beschäftigten Arbeiter beträgt 7000 und soll demnächst auf 8000 erhöht werden.

Ueber eine Milliarde Steuerrückstände in Polen!

Infolge der fortschreitenden Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit sind in den letzten zwei Jahren die Steuerrückstände in Polen zu gigantischen Ausmassen angewachsen. Die Forderungen, die der Staat an die Steuerzahler hat, datieren nicht nur aus den Jahren 1929 und 1930, sondern reichen vielfach sogar bis zum Jahre 1926 zurück. Die Eintreibung der rückständigen Steuern scheitert trotz der überaus rigorosen Mittel, die angewandt werden, an der Tatsache, dass bei vielen Steuerzahlern einfach nichts Pfändbares mehr vorhanden ist. Ein grosser Teil bereits begonnener Zwangseintreibungsverfahren musste mangels Masse wieder eingestellt werden. Noch mehr erschwert wird die Lage durch die Verzugszinsen, die die Rückstände immer mehr anschwellen lassen. Die Wirtschaft ist nicht imstande, die laufenden Steuern aufzubringen, geschweige denn die Rückstände aus den Vorjahren abzuführen. Ueber die Gesamthöhe der rückständigen Steuern sind bereits mehrfach Berechnungen aufgestellt worden, die jedoch zu verschiedenen Resultaten kamen. Nunmehr hat das Finanzministerium von sich aus amtliche Ermittelungen angestellt, deren Ergebnisse soeben bekanntgegeben werden. Danach betrugen am 31. März d. J. die Rückstände an direkten Steuern über eine Milliarde Złoty; den grössten Ausfall hat die Vermögenssteuer mit 403 Millionen Złoty aufzuweisen. Allerdings ist nicht bekanntgegeben, ob in diesen Summen die Verzugszinsen bereits enthalten sind: wenn nicht, so würde die ohnehin erschreckende Summe eine weitere Steigerung um 20 bis 50 Prozent erfahren. Zu berücksichtigen ist auch, dass, wie angegeben, der Stichtag dieser Berechnungen der 31. März ist; in dem seither verflossenen Halbjahr haben aber die Verhältnisse keine Besserung, sondern eine weitere Verschlechterung erfahren, so dass für den gegenwärtigen Zeitpunkt noch ein erheblich höherer Betrag an Steuerrückständen anzusetzen ist.

Zur Lage der polnischen Rohölwirtschaft

Uebergreifen der Weltkrise auf die polnische Petroleumindustrie — Preissenkung — Erhöhung des Einfuhrzolls

Cr. Die jüngst vorgenommene Zollerhöhung auf 15 zł für 100 kg Rohöl (Tarifposition 84, 1 des neuen Zolltarifs) und die Minderung der Preise bis auf 1825 zł pro Zisterne sind der äussere Ausdruck dafür, dass die Krise der internationalen Petroleum-Wirtschaft mit ihren negativen Begleiterscheinungen auch auf Polen übergegriffen hat. Dass unsere Rohölproduktion im Verhältnis zu den anderen europäischen und aussereuropäischen Staaten jahrelang von dem Niedergang der Konjunktur verschont blieb, ist nicht, wie es in amtlichen Veröffentlichungen heisst, der vorsichtigen und rationellen Politik dieser Industrie zu verdanken, sondern eine Folge ihrer Schwäche und ihres Missverhältnisses zur Weiterverarbeitung.

Die Produktion Polens rangiert an der vorletzten Stelle in der internationalen Petroleumgewinnung. Seit der Wiedergeburt des Staates hielt die sinkende Tendenz der Rohölgewinnung an. Von 1929 bis 1930 erfuhr die Produktion eine weitere Minderung von netto 65 151 Zisternen auf 64 752 Zisternen. Die rückläufige Bewegung ist hauptsächlich auf den Bezirk Drohobycz zurückzuführen, während in Jasło und Stanisławow die Rohölgewinnung eine nicht unwesentliche Vermehrung erfuhr. So stieg die Jahresproduktion in Jasło in dem oben angegebenen Zeitabschnitt von 7361 auf 8531 Zisternen, in Stanisławow von 4542 auf 4847 Zisternen; die Gewinnung in Drohobycz erfuhr eine Senkung von 55 566 Zisternen auf 52 895 Zisternen. Diese Steigerung in Jasło und Stanisławow im Gegensatz zu Drohobycz hielt auch im ersten Quartal 1931 an. Einer Steigerung von 1927 auf 2331 Zisternen in Jasło und von 1145 auf 1160 in Stanisławow stand eine Senkung von 12 823 auf 12 568 Zisternen in Drohobycz gegenüber.

Ueber die Gründe der rückläufigen Bewegung in der Rohöllieferung gehen die Meinungen der Sachverständigen im Lande weit auseinander. Während auf der einen Seite die Senkung der Produktion auf Erschöpfung der Rohölvorkommen zurückgeführt wird, sehen andere den Mangel an Kapitalien für Schürfung und Bohrungszwecke als die Hauptursache an. Es wird von dieser Seite hervorgehoben, dass die relativ grosse finanzielle Beteiligung Frankreichs und die Unterstützung des Staates nicht ausreichen, um die Rohölförderung in grosszügiger Weise anzuregen. Für eine stärkere Heranziehung fremder Kapitalien erweist sich die zur Zeit gültige Rechtsgrundlage der Erdölgewinnung in Polen als unzureichend. Die Verknüpfung des Eigentums an unterirdischen Mineralien mit dem Eigentum an der Oberfläche erschwert die Schürfungen und Bohrungen und verursacht eine Zersplitterung der Felder in eine grosse Anzahl kleinerer Betriebe, die eine rationelle Bewirtschaftung erschweren. Das der Regierung unterbreitete Friedberg-Projekt, das auf der Freiheit der Schürfung und auf der Verleihung des Bergwerkseigentums an den Entdecker des Vorkommens beruht, konnte sich bis in die jüngste Zeit nicht durchsetzen.

Wer in dieser Kontroverse Recht hat, lässt sich nicht ohne weiteres feststellen. Tatsache ist, dass unsere Rohölgewinnung trotz der regen Tätigkeit des Syndikats „Pionier" und trotz der Aufschliessung neuer Felder noch immer im Abnehmen begriffen ist.

Die Kapazität der mit allen technischen Errungenschaften ausgestatteten Raffinerieindustrie ist bei uns auf weitaus grössere Mengen an Rohöl eingestellt, als die polnische Produktion hergeben kann. Auf diese Diskrepanz zwischen dem heimischen Angebot an Erdöl und der Nachfrage der polnischen Industrie ist die relative Preisstabilisierung des Rohöls auf den polnischen Binnenmärkten zurückzuführen. Während in der Zeitspanne vom Januar bis Dezember 1930 die Preise in den Vereinigten Staaten von 3,05 Dollar pro Fass (133½ kg) auf 1,85 Dollar, in Rumänien von 19 000 Lei pro Zisterne (10 t) Oel Marke Bustenari auf 7400 Lei zurückgingen, hielt sich der Preis in Polen auf einer Höhe von 2,15 Dollar pro 100 kg. Die polnische Erdölgewinnung vermochte ihr Schicksal zunächst unabhängig von der internationalen Marktentwicklung zu gestalten.

Die als Ausfluss ihrer Machtposition durchgeführte Preisstabilisierung auf hohem Niveau ohne Rücksicht auf die Gestaltung der internationalen Märkte und der heimischen weiterverarbeitenden Industrie musste sich aber auf die Dauer, sowohl für die Erdölwirtschaft als auch für die Raffinerieindustrie Polens nachteilig auswirken. Die inländische weiterverarbeitende Industrie, die auf den Absatz eines Teils ihrer Produkte im Auslande angewiesen und daher gezwungen ist, das Schicksal der internationalen Raffinerieindustrie zu teilen, bekam die nachteiligen Begleiterscheinungen der gegenwärtigen Krise der Raffinerieindustrie sogar in verstärktem Masse zu spüren, da sie mit viel höheren Preisen für Rohöl rechnen musste, als die mit ihr im Wettkampf stehenden Produzenten anderer Staaten. Der Niedergang der Konjunktur in der inländischen Raffinerieindustrie, gekennzeichnet durch die Stillegung von Betrieben und die Verminderung der Nachfrage nach Oel usw. traf letzten Endes auch die heimische Erdölgewinnung und zwang sie nun, wie eingangs erwähnt, die Preise für Rohöl zu senken. Somit musste in Polen die Erkenntnis reifen, dass die polnische Rohölwirtschaft das Schicksal der internationalen Wirtschaft teilen muss, da die Existenz der weiterverarbeitenden Industrie von der entsprechenden Produktions- und Preisgestaltung des heimischen Rohöls abhängig ist. Die Vorgänge auf den internationalen Petroleummärkten und die Erkenntnis ihrer Gründe können daher auch von der polnischen Petroleumwirtschaft nicht ausser acht gelassen werden.

Ueberproduktion und Verbrauchsverminderung an Rohöl sind die Hauptwurzeln des Abstiegs der Konjunktur in der internationalen Petroleumwirtschaft, der in anhaltenden Preisstürzen für Rohöl zum Ausdruck kommt. Die von den Vereinigten Staaten zwecks Preisstabilisierung und Konsolidierung der Verhältnisse auf dem Weltpetroleummarkte unternommenen Massnahmen, wie Produktionsrestriktion, Konzentration der Betriebe usw. vermochten keinen nennenswerten Wandel schaffen. Insbesondere die in den letzten 2 Jahren durchgeführte Einschränkung der Rohölgewinnung musste einen Misserfolg erleiden, weil sie mit der entsprechenden Minderung des Verbrauchs nicht Schrit zu halten vermochte. Die zwecks Herbeiführung der Rentabilität der Petroleumwirtschaft in den Vereinigten Staaten geplante Konzentration der Betriebe und Kontingentierung der Produktion scheiterte an dem Hindernis der Antitrustgesetzgebung. Obwohl der Zusammenschluss der Betriebe seit dem Weltkriege ungeachtet der Antitrustgesetzgebung wesentliche Fortschritte zu verzeichnen hatte, konnte doch eine Kontingentierung ohne Einwilligung der massgebenden Regierungsinstanzen in den Vereinigten Staaten nicht durchgeführt werden. Allerdings setzt sich neuerdings in Amerika die Erkenntnis durch, dass eine Gesundung der Petroleumwirtschaft nur durch eine Verständigung der Oelproduzenten über eine Produktionsregelung herbeigeführt werden könnte. Von der bevorstehenden Konferenz der Gouverneure der Oelstaaten und des von ihnen eingesetzten „Oil States Advisory Commitee" wird erwartet, dass sie den Weg für eine Regelung der Produktion ebnet.

Gelingt es den Vereinigten Staaten, eine Konsolidierung der Verhältnisse auf den Petroleummärkten durch Konzentration und weitgehende Kontingentierung in Amerika durchzuführen, so bleibt immer noch die Frage offen, ob die Widerstände, die sich auf den internationalen Märkten aus der Haltung der europäischen Produzenten, vor allem der Russen und Rumänen ergeben, zu überwinden sind. Nach der anhaltenden Steigerung der Produktionsziffern sowohl der russischen als auch der rumänischen Petroleumwirtschaft zu urteilen, scheint dies zunächst nicht der Fall zu sein. Es ist vielmehr damit zu rechnen, dass die russische Konkurrenz unsere Erdölwirtschaft nicht wird zur Ruhe kommen lassen. Die Russen finden angesichts der Zollerhöhung auf Rohöl ohne ententsprechende Steigerung des Benzinzolls die Möglichkeit, durch Benzinpreisunterbietungen die Lage unserer Raffinerien zu verschlechtern.

Aus Polens Schuhindustrie

Ueber die Situation der Schuhindustrie und des Schuhmarktes berichtet die „Gazeta Handlowa":

Die Schuhproduktion stützt sich in Polen hauptsächlich auf Werkstättenarbeit. Wenn in Westeuropa und in Nordamerika der Prozentsatz der mechanisch verfertigten Schuhe durchschnittlich 88 Prozent beträgt und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sogar über 96 Prozent ausmacht, so beträgt der Prozentsatz in Polen kaum mehr als 10 Prozent der gesamten Inlandsproduktion. Dieses Verhältnis war vor dem Kriege für die mechanische Produktion noch ungünstiger, da die Fabriken, die sehr günstige Absatzmöglichkeiten auf den russischen Märkten hatten, ihre produktive Leistungsfähigkeit auf diesem Markt vollständig ausnutzen konnten. Auch die Heimproduktion ist nach dem Kriege zurückgegangen. Hier ist eine Beschränkung deshalb eingetreten, weil die für nach Fabrikwerkstättenart produzierte Ware wenig Nachfrage unter den Konsumenten bestand. Deshalb ist diese Produktionsart wenig populär und die Heimfabrikation, die teilweise nur als Werkstättenindustrie sich darstellt, ist im Grunde eine Produktionsform, die sich hauptsächlich unter dem Einfluss des Absatzes der mechanischen Produktion auf den russischen Märkten herausgebildet hat. Die handwerksmässig betriebene Produktion war nach dem Kriege nicht dieselbe wie vor dem Kriege, und sämtliche Ausschläge des Konjunkturbarometers auf die Minusseite entstehen durch die Krise, unter der die Allgemeinheit zu leiden hat.

Wenn wir uns wiederum — hier ist von der Hauptproduktion die Rede — die fast 40 000 Handwerksunternehmen der Schuhbranche vorstellen, die fast 60 000 Angestellte beschäftigen, dann merken wir erst, welchen bedeutenden Prozentsatz diese in unserem Handwerk ausmachen. Wenn auch nicht die zahlreichste, so ist diese Industrieart doch eine der zahlreichsten Handwerksgruppen, und der Stand ihrer Interessen ist nicht ohne Bedeutung für die Absatzbedingungen der Allgemeinheit. Die massgebenden Behörden sollten diesen Zweig der Schuhbranche mit besonderer Hilfsbereitschaft umgeben und seine Existenz erleichtern. Das ist um so mehr begründet, da sich wegen der gegenwärtigen Krise auf allen Gebieten unseres industriellen und wirtschaftlichen Lebens, die seit Ende des Jahres 1929 besteht, die Krisenanfänge in der Schuhbranche schon von den ersten Monaten der zweiten Jahreshälfte 1928 herdatieren. Das Konjunkturforschungsinstitut hat seine Rundfrage deshalb auch bei der Schuhbranche begonnen.

Es ist verständlich, dass gleichzeitig mit der Notzeit, welche die Schuhmacher durchzumachen haben, sich eine Krise auch in der Lederindustrie bemerkbar macht. Die Beendigung der Krise, wenigstens ihre Ueberwindung in der Schuhbranche, würde ohne Zweifel für die Erhöhung der Umsätze im Gerbereiwesen von Bedeutung sein. Man sollte vor allen Dingen jeden überflüssigen Import unterdrücken, der, wenn er sich prozentual auch durch eine sehr kleine Ziffer ausdrückt (ungefähr 3 Prozent des Gesamtkonsums), sich jedoch — was die absolute Menge der eingeführten Schuhwaren anbelangt — durch eine sehr hohe Ziffer ausdrückt (ungefähr 500 000). Der Konsum beträgt insgesamt, nach dem Absatz zu schliessen, etwa 22 Millionen Paar Schuhe, was pro Kopf der Bevölkerung mehr oder weniger 0,7 Paar Schuhe jährlich ausmacht. Dieses Verhältnis ist im Vergleich zu Deutschland sehr gering (1,3 Paare pro Kopf) oder vollends zu den Vereinigten Staaten (2,6 Paare pro Kopf). Bei entsprechenden Produktionsbedingungen könnte der Schuhverbrauch in Polen sich also bedeutend vergrössern, und dann könnten auch die Werkstätten des Handwerks in höherem Masse ihre Produktionsfähigkeiten beweisen. Weil diese Fähigkeit sich durch die Möglichkeit ausdrückt, 50 bis 60 Millionen Paar Schuhe herzustellen, sollten die massgebenden Faktoren den polnischen Schuhmachern die Produktionsmöglichkeiten erleichtern, indem sie ihnen entsprechende Absatzmöglichkeiten ausserhalb der Grenzen unseres Staatsgebietes verschaffen.

Fusion der führenden Akkumulatorenwerke

Die Verhandlungen zwischen den privaten Zakłady Akumulatorowe „Tudor", Warschau, und den staatlichen Polskie Towarzystwo Akumulatorów, Bielitz-Biala sind nunmehr so gut wie abgeschlossen. Die „Tudor"-Werke übernehmen von der Landeswirtschaftsbank die staatlichen Anteile des Bielitzer Unternehmens und gliedern es sich an, womit sie rd. 95 Prozent der polnischen Akkumulatorenproduktion beherrschen werden. Der Bielitzer Betrieb dürfte von „Tudor" einstweilen noch fortgeführt und nicht, wie seinerzeit die Lemberger Akkumulatorenfabrik, kurz nach der Uebernahme durch „Tudor" geschlossen werden.

Märkte

Getreide. Warschau, 7. September. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise im Grosshandel, für 100 kg in zł, Parität Waggon Warschau, festgesetzt Roggen 21—21.50, Weizen 24—24.50, Einheitshafer 21 bis 22, Sammelhafer 19—20, Grützgerste 19.50—20, Braugerste 21—23, Weizenluxusmehl 47—57, Weizenmehl 4/0 42—47, Roggenmehl nach Vorschrift 38—40, mittlere Weizenkleie 14.50—15, Roggenkleie 12—12.50, Winterraps 29—30, Viktoriaerbsen 26—30. Geringe Umsätze bei behaupteter Tendenz.

Danzig, 7. September. Letzte amtliche Notierung für 100 kg: Weizen, 130 Pfd., weiss 13, Weizen, 130 Pfd., bunt 12.75, Weizen, 130 Pfd., rot 12.75, Roggen, 120 Pfd. 13, Gerste, feine 14.50—15, Gerste, mittel 12.75—13.75, Futtergerste 11.75—12, Viktoriaerbsen 15 bis 16, Grüne Erbsen 16—18, Roggenkleie 8.75—9, Weizenkleie, grobe 9, Weizenkleie, mittel 8.50, Blaumohn 40—42. Zufuhr nach Danzig in Wagg.: Weizen 12, Roggen 2, Gerste 95, Hülsenfrüchte 19, Kleie und Oelkuchen 4, Saaten 4.

Produktenbericht. Berlin, 7. September. Bei ruhigem Geschäft befestigt. Nach den erheblichen Preissteigerungen der letzten Tage machte sich an der Produktenbörse zu Beginn der neuen Woche eine gewisse Beruhigung geltend. Die festere Grundstimmung konnte sich allerdings zunächst erhalten. Das Inlandsangebot von Brotgetreide hat sich nicht verstärkt, die wiederum 1—2 Mark höheren Forderungen werden von den Käufern aber vorläufig nur zögernd bewilligt. Die Schätzungen des Deutschen Landwirtschaftsrates wurden lebhaft erörtert, vermochten sich aber preismässig kaum auszuwirken. Am Lieferungsmarkt setzten die Septembersichten für Brotgetreide 1.50 Mark höher ein, spätere Lieferung war um 0.50 bis 1 Mark befestigt. Weizen- und Roggenmehle hatten mässiges Bedarfsgeschäft bei stetigen Preisen. Hafer zur prompten Lieferung ist nur zu erheblich höheren Preisen angeboten und liegt fest. Gerste bleibt dagegen vernachlässigt bei eher niedrigeren Preisen.

Berlin, 7. September. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preis in Goldmark. Weizen, märk., neu 216—218, Roggen, märk., neu 176—178, Futter- und Industriegerste 152 bis 161, Hafer, märk., neu 138—147, Weizenmehl 26.25 bis 32.50, Roggenmehl 24.25—26.75, Weizenkleie 11.50 bis 11.90, Roggenkleie 9.75—10.10, Viktoriaerbsen 22 bis 28, Leinkuchen 13.60—13.80, Trockenschnitzel 6.80 bis 6.90, Soya-Schrot, ab Hamburg 12, ab Stettin 12.50.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, 7. September. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71.5 kg Hektoliter-Gewicht. September 230—231.50, Oktober 229—230.50, Dezember 229—231; Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht. September 188.50—191, Oktober 188.25—191, Dezember 188.50—190; Hafer: September 148 und Geld, Oktober 148.75—148.50, Dezember 149 und Brief.

Kartoffelnotierungen. Berlin, 7. Sept. Speisekartoffeln: Weisse 1.40—1.50, rote und Odenwälder blaue 1.50—1.60, andere gelbfleischige 1.60 bis 1.80.

Eier. Berlin, 7. September. Deutsche Eier. Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 g 11, Klasse A 60 g 10¼, Klasse B 53 g 9¾, Kl. C 48 g 8¾; frische Eier Klasse B 53 g 9¼; aussortierte kleine und Schmutzeier 6½ Pfg. — Auslandseier: Dänen 18er 11¼, 17er 10¾, 15½—16er 10; Estländer 17er 10¼, 15½—16er 9½—9¾, leichtere 9¼; Holländer Durchschnittsgewicht 68 g 11½, 60—62 g 10—10¾, 57—58 g 10; Belgier 60—62 g 10½; Rumänen, Ungarn, Jugoslawen 8 bis 8½; Russen, normale 7¾—8; Polen, normale 7½—8, kleine mittel Schmutzeier 6—6½ Pfg. — Witterung: trübe. Tendenz: etwas fester.

Metalle. Warschau, 7. September. Das Handelshaus A. Gepner, Warschau, notiert folgende Preise für 1 kg in zł: Bancazinn in Blocks 6.30, Hüttenblei 0.95, Hüttenzink 0.97, Antimon 1.60, Hüttenaluminium 3.80, Kupferblech 3.20—3.70, Messingblech 3—3.90, Zinkblech 1.24.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Märkte

Getreide. Posen, 8. September. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen, neu, ges., trocken	30 to..	22.65
	15 to..	22.50
Weizen, neu, ges., trocken	30 to..	22.25

Richtpreise:

Weizen neu, ges. u. trocken	21.25—22.25
Roggen neu, ges. u. trocken	22.00—22.50
Mahlgerste	18.00—19.50
Braugerste	21.00—23.0
Hafer	17.50—18.50
Roggenmehl (65%)	34.00—35.00
Weizenmehl (65%)	33.50—35.50
Weizenkleie	11.75—12.75
Weizenkleie (dick)	12.75—13.75
Roggenkleie	12.00—12.75
Raps	27.50—28.50
Viktoriaerbsen	23.00—26.00
Folgererbsen	23.00—25.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 285 to., Weizen 330 to., Gerste 45 to., Hafer 12,5 to.

Posener Viehmarkt

Posen, 8. September 1931.

Auftrieb: Rinder 418 (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 2059, Kälber 354, Schafe 98, Ziegen —, Ferkel —. Zusammen 2929.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:

a) vollfleischige ausgemästete, nicht angespannt	110—120
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	90—96
c) ältere	70—80
d) mäßig genährte	56—66

Bullen:

a) vollfleischige, ausgemästete	96—104
b) Mastbullen	80—92
c) gut genährte, ältere	66—76
d) mäßig genährte	50—60

Kühe:

a) vollfleischige, ausgemästete	110—120
b) Mastkühe	90—100
c) gut genährte	60—68
d) mäßig genährte	40—50

Färsen:

a) vollfleischige, ausgemästete	108—120
b) Mastfärsen	90—104
c) gut genährte	66—80
d) mäßig genährte	56—66

Jungvieh:

a) gut genährtes	56—62
b) mäßig genährtes	48—54

Kälber:

a) beste ausgemästete Kälber	124—130
b) Mastkälber	114—120
c) gut genährte	100—110
d) mäßig genährte	84—94

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	—
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	—
c) gut genährte	70—96
d) mäßig genährte	—

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	152—160
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	140—148
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	124—134
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	110—116
e) Sauen und späte Kastrate	100—140
f) Bacon-Schweine	102—108

Marktverlauf: ruhig.

Vieh und Fleisch. Warschau, 7. September. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.60—2.05 zl. Aufgetrieben wurden 868 Stück, Rest des Vormarktes 220 Stück. Tendenz: behauptet.

Vieh und Fleisch. Krakau, 5. September. Preise für 1 kg Lebendgewicht loko Markt: Bullen I. 0.90 bis 1.04, II. 0.70—0.90, III. 0.57—0.70; Rinder I. 1.00 bis 1.25, II. 0.85—1.00, III. 0.65—0.85; Kühe I. 0.50 bis 1.00, II. 0.62—0.80, III. 0.47—0.62; Färsen I. 0.85 bis 1.00, II. 0.62—0.85, III. 0.48—0.62; Kälber I. 1.23 bis 1.59, II. 1.00—1.23, III. 0.80—1.00; Schweinefleisch, Lebendgewicht I. 1.75—2.08, II. 1.55—1.75, III. 1.30 bis 1.55; Schweinefleisch, Schlachtgewicht I. 2.06—2.36, II. 1.78—2.06, III. 1.60—1.78.

Posener Börse

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %:	7. 9.	5. 9.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zl)		—
5% Konvertierungsanleihe (100 zl)	43.50G	43.50G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zl)	—	—
7% Wohn Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zl)	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zl) v. J. 1926	—	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	89.00+	89.00+
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zl)	31.00G	31.00G
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	14.80G	14.76G
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Ser II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zl)	—	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Industrieaktien

	7. 9.	5. 9.		7. 9.	5. 9
Bank Polski	—	—	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf. Victor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stadthagen	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unja	—	—
Goplana	—		Wytw. Chem.	—	—
Gródek Elektr.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Cukr. Zduny	-	-	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.
G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Warschauer Börse

Warschau, 7. September. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.925, Goldrubel 4.785, Tscherwonetz 0.38 Dollar, deutsche Mark 211.20.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.72, Bukarest 5.31½, Danzig 173.50, Helsingfors 22.46, Spanien 79.00, Kairo 44.49½, Kopenhagen 238.65, Oslo 238.68, Riga 172.00, Sofia 6.47, Stockholm 238.95, Tallinn 238.05, Montreal 8.88.

Fest verzinsliche Werte

	7. 9.	5. 9.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zl)	44.50	44.50
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	67.50	69.00
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zl)	104.50	—
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr)	—	—
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100 G.-zl)	—	84.50
7% Stabilisierungs-Anleihe	66.50	71.50

Amtliche Devisenkurse

	7. 9. Geld	7. 9. Brief	5. 9. Geld	5. 9. Brief
Amsterdam	358.90	360.70	358.90	360.70
Danzig	—	—	—	—
Berlin *)	—	—	—	—
Brüssel	124.04	124.66	124.04	124.66
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.28	43.49	43.28	43.49
New York (Scheck)	8.905	8.945	8.904	8.949
Paris	34.81	35.10	34.82	35.10
Prag	26.38	26.50	26.37	26.50
Rom	46.58	46.82	46.58	46.82
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	125.19	125.81	125.19	125.81
Zürich	173.69	174.55	173.47	174.33

Tendenz: vorwiegend behauptet.

Industrieaktien

	7. 9.	5. 9.		7. 9.	5. 9.
Bank Polski	113.00	113.00	Węgiel	—	—
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	41.00	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	—	—
Puls	—	—	Modrzejów	—	—
Spies	—	—	Norblin	—	—
Stre	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	—	—	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	116 50	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Gosławice	—	—	Br. Jabłków	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	—	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	—	Mirków	—	—
Drzewo	—	—	Kijewski	—	—

Tendenz unverändert.

Danziger Börse.

Danzig, 7. September. Scheck London 25.01, Dollarnoten 5.16, Reichsmarknoten 122.10, Złotynoten 57.66.

Am Devisenmarkt war heute das Bild wenig verändert. Scheck London notierte 25.01. Dollarnoten wurden mit 5.16 gehandelt. Reichsmarknoten notierten 121.98—122.22. Złotynoten waren wenig verändert mit 57.60—72, Auszahlung Warschau 57.59—71. Die Umsätze waren auch heute wieder minimal.

Berliner Börse

Effekten-Tendenzbericht. Berlin, 8. September (R.) Tendenz: freundlich. Im Gegensatz zum heutigen Vormittagsverkehr und zur gestrigen Frankfurter Abendbörse, an dem es den Anschein hatte, als ob Aktienwerte eher angeboten seien, setzte sich schon vor Feststellung der ersten Kurse eine erneute kräftige Befestigung durch. Bei den Depositenkassen herrschte ausserdem auch Nachfrage nach Goldpfandbriefen, und besonders waren wieder 8prozentige gesucht, doch werden im allgemeinen nicht so grosse Kurssteigerungen wie gestern erwartet. Jedenfalls scheinen die anlagesuchenden flüssigen Gelder noch weiterhin nicht unerheblich zu sein. Am Geldmarkt trat in den Sätzen keine Veränderung ein.

Amtliche Devisenkurse

	7. 9. Geld	7. 9 Brief	5. 9. Geld	5. 9 Brief
Bukarest	2.510	2.516	2.507	2.513
Buenos Aires	1.178	1.182	1.180	1.184
Canada	4.191	4.199	4.191	4.199
Japan	2.078	2.082	2.078	2.082
Kairo	20.95	20.99	20.95	20.99
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.455	20.495	20.456	20.496
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Rio de Janeiro	0.257	0.259	0.254	0.256
Uruguay	1.848	1.852	1.828	1.832
Amsterdam	169.63	169.97	169.63	169.97
Athen	5.45	5.46	5.45	5.46
Brüssel	58.60	58.72	58.61	58.73
Budapest	73.43	73.57	73.43	73.57
Danzig	81.75	81.91	81.79	81.95
Helsingfors	10.59	10.61	10.59	10.61
Italien	22.02	22.06	22.02	22.06
Jugoslawien	7.426	7.440	7.418	7.432
Kaunas (Kowno)	42.01	42.09	42.01	42.09
Kopenhagen	112.52	112.74	112.52	112.74
Reykjawik 100 Kronen	92.36	92.54	92.36	92.54
Lissabon	18.53	18.57	18.53	18.57
Oslo	112.51	112.73	112.52	112.74
Paris	16.50	16.54	16.50	16.54
Prag	12.468	12.488	12.468	12.488
Schweiz	82.04	82.20	82.04	82.20
Sofia	3.057	3.063	3.052	3.058
Spanien	37.08	37.16	36.96	37.04
Stockholm	112.61	112.83	112.61	112.83
Wien	59.14	59.26	59.13	59.25
Talinn	112.39	112.61	112.39	112.61
Riga	81.22	81.38	81.22	81.38
Warschau	—	—	—	—

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Kolmar

Wieder ein Schadenfeuer. Am Sonntag entstand in den Morgenstunden vermutlich durch den Kartoffeldämpfer im Stalle des Besitzers Kosmowski in Jankendorf ein Brand, dem das große Gebäude zum Opfer fiel. Ein Uebergreifen auf die anderen Gebäude wurde durch die vorhandenen zwei Feuerspritzen verhindert. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Budewitz

ri. Am Sonntag, dem 6. d. Mts., hielt der **Ldw. Verein von Welnau** (Kiszkowo) und Umgebung im W. Freierschen Gasthause eine von etwa 60 Mitgliedern besuchte Sitzung unter dem Vorsitz des Landwirts Wiesner-Turostówko ab. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein hochinteressanter Vortrag des Dipl.-Ldw. Bußmann über „Nationelle Rindviehfütterung unter Berücksichtigung der allgemeinen schwierigen Wirtschaftslage". Die vielen Anregungen gaben in der gutbesuchten Versammlung Anlaß zu einer fast 1½ stündigen lehrreichen Aussprache, in der besonders Herr Gutsbesitzer Klinksik-Rybitwy, der zu dieser Sitzung ganz besonders geladen war, in dankenswerter Weise sich beteiligte.

Bentschen

ti. **Hopfenernte.** Die Hopfenernte in der Neutomischler Gegend verspricht gut zu werden. Die Preise sind jedoch so niedrig, daß sich der Verkauf kaum lohnt. Deshalb geht der Hopfenbau immer mehr zurück.

Neutomischel

be. **Herzschlag aus Angst vor dem Gerichtsvollzieher.** Der von uns vor einigen Tagen berichtete angebliche Raubüberfall auf den Landwirt Przybylski, der den Tod des Opfers zur Folge hatte, stellt sich nach den letzten Ermittlungen nicht mehr als ein Raubmord dar. Vielmehr ist der Landwirt P. einem Herzschlag erlegen. P. hatte versucht, sich im Nachbarort Geld zu leihen und den Gerichtsvollzieher, der am nächsten Tage erwartet werden mußte, zu befriedigen. Es gelang ihm anscheinend nicht, das Geld aufzutreiben, und in seiner Angst und Aufregung erlag er auf dem Rückwege einem Herzschlage. Er wurde von dem Gerichtsvollzieher Ullrich, der sich gerade auf dem Wege zu ihm befand, tot aufgefunden.

Pleschen

& **Rege Bautätigkeit.** Trotz der wirtschaftlichen Notlage herrschte im vergangenen und auch in diesem Jahre eine rege Bautätigkeit. Am Rande der Stadt, auch an der ul. Hallera, ist eine ganze Reihe neuer Häuser entstanden. Ein Nachlassen der Wohnungsnot ist dadurch erfolgt. Während im vergangenen Jahre die Miete 120 Złoty monatlich betrug, sind in diesem Jahre Wohnungen zu 60—70 Złoty zu haben.

& **Badeanstalt.** Wie wir erfahren, soll der hiesige Magistrat am 16. September l. J. auf der Gartenstraße eine städtische Badeanstalt mit Wannenbädern und Duschen eröffnen. Eine begrüßenswerte Maßnahme, denn der Mangel eines öffentlichen Bades hat sich bisher besonders in den Wintermonaten sehr fühlbar gemacht.

& **Eröffnung der Antialkoholausstellung.** Die Antialkoholausstellung wurde in der Aula der Mädchenschule von dem hiesigen Prälaten am 5. d. Mts. eröffnet. Es referierte H. Tomaszewski aus Posen an Hand der ausgestellten Bilder und Tabellen. Er sprach von dem schädlichen Einfluß des Alkohols auf die Gesundheit, Sittlichkeit und den Wohlstand des Volkes. Leider waren zur Eröffnung der Ausstellung nur wenige Bewohner erschienen.

Kempen

gr. **Unfall.** Der Schornsteinfegermeister Wolny aus Kempen fuhr auf seinem Motorrad mit einem Personenauto zusammen. Wolny erlitt einen doppelten Bruch des linken Beines und wurde sofort in das Kankenhaus nach Ostrowo gebracht. Wer die Schuld am Unglück trägt, wird erst die Untersuchung ergeben.

Schildberg

gr. **Vom Ofen gefallen.** Der Bäckermeister Waclaw Górecki, Bahnhofstraße, wollte zum Kuchenbacken die Bleche vom Ofen nehmen, fiel dabei herab und erlitt eine leichte Verletzung am Kopf. Da er weiter keine Schmerzen verspürte, ging er nicht zum Arzt. Erst am zweiten Tage, als sich Schmerzen einstellten, ließ er den Arzt holen, welcher den Bruch von zwei Rippen feststellte. Die Rippen hatten die Lunge durchbohrt. Górecki starb am Tage darauf infolge innerer Verblutung.

Posener Kalender

1. Schwimmverein. Ohne Rücksicht auf die schlechte Witterung finden die internen Vereinsmeisterschaften des 1. Schwimmvereins-Posen am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag abends ½6 Uhr in der Schwimmanstalt des P. T. P. Posen-Rataj statt. Nach Ausschluß von Irene Blümel wird das Gesamtresultat der Meisterschaften einen anderen Verlauf nehmen und verspricht, da Frl. Kraetschmann wieder in Form ist und startet, einen interessanten Verlauf zu nehmen. Das Abschwimmen des Verbandes findet am 20. September in der Verbands-Schwimmanstalt an der Eichwaldstraße statt.

Wohin gehen wir heute?

Varieté (Alhambra): Auftreten erstklassiger Künstler des In- und Auslands. (Beginn täglich 8.30 Uhr abends.)

Kinos:

Apollo: „Der Bettlerkönig". (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Colosseum: „Anny Ondra, das reizende Mädel mit Siegfried Arno. (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „Die glänzende Partie". (5, 7, 9 Uhr.)
Odeon: „Die Moral der Frau Dulska".
Słońce: „Der falsche Feldmarschall". (5, 7, 9 Uhr.)
Wilsona: „Schwester Maria". (5, 7, 9 Uhr.)

Wettervoraussage für Mittwoch, den 9. September

Abgesehen von Morgennebeln meist heiter. Nach sehr kühler Nacht am Tage etwas wärmer als bisher.

Wasserstand der Warthe am 8. September 1931: + 0,44 Meter.

Wetterkalender

der Posener Wetterwarte für Dienstag, den 8. September

Sonnenaufgang 4.57, Sonnenuntergang 18.10. Mondaufgang 17.01.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 9 Grad Cels. Westwinde. Barometer 752. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 14, niedrigste + 10 Grad Cels. Niederschläge 1 Millimeter.

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 6. bis 13. September. Altstadt: Apteka pod Eskulapem, Plac Wolności 13; Apteka Sapieżyńska, Plac Sapieżyński 1; Apteka pod Złotym Lwem, Stary Rynek 75; Apteka Chwaliszewska, Chwaliszewo 76. Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22; Apteka „Pod Opatrznością Boską", ul. Dąbrowskiego 76. Lazarus: Apteka przy Parku Wilsona, ul. Marsz. Focha 47. Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61. Ständigen Nachtdienst haben die Apotheken: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12; die Apoth. in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, Pocztowa 25.

Zwangsversteigerungen

em. Mittwoch, 9. d. Mts., nachm. 1½ Uhr in Tarnowo Podg., Kreis Posen, eine Tischlerwerkstätte und 18 Gänse. Versammlung der Kauflustigen eine halbe Stunde vor Beginn im Lokal Koluśniewski. — Mittwoch, 9. d. Mts., nachm. 3 Uhr in Kokoszczyn, Kreis Posen, ein Fohlen. Versammlung der Interessenten eine halbe Std. vor Beginn beim Gemeindevorstand. — Mittwoch, 9. d. Mts., vorm. 10 Uhr in Krzyżownik, Kreis Posen, eine Kuh. Versammlung der Käufer eine halbe Stunde vorher beim Gemeindevorstand.

Die Wirtschaftsnot der Staatsbeamten

In einer Sitzung des Hauptvorstandes der Vereinigung der Richter und Staatsanwälte wurde nach einer Meldung der „Polonia" die Lage besprochen, die durch die Reduktion der Beamtengehälter geschaffen worden ist. In zahlreichen Reden wurde festgestellt, daß die plötzliche und sehr beträchtliche Herabsetzung der Gehälter eine katastrophale materielle Lage der Staatsbeamten verursacht hat, namentlich der Richter und Staatsanwälte, denen grundsätzlich andere Erwerbsquellen unzugänglich sind. Die Lage soll sich so weit verschlechtert haben, daß die Besoldungsgelder im allgemeinen nicht mehr zur Deckung der dringendsten Lebensbedürfnisse ausreichen und nicht das Existenzminimum erreichen. Es ist darauf ferner hingewiesen worden, daß bei der jetzigen Sachlage die Unmöglichkeit besteht, den vorher in gutem Glauben aufgenommenen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ganz abgesehen von Beiträgen für die Luftverteidigungsliga, die Meeresliga usw. Man machte auch auf die Ungleichmäßigkeit der Reduktionen aufmerksam. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bestehe die Befürchtung, daß die Rechtsprechung vom staatlichen Gesichtspunkt aus sehr ungünstig beeinflußt werden könnte.

Versetzungen in Lemberg

Nach einer Meldung des „Il. Kurjer Codzienny" sollen am Montag aus Warschau in Lemberg die endgültigen Verfügungen über die vorgesehenen Aenderungen auf höheren Posten der Lemberger Polizei eingetroffen sein. Der bisherige Wojewodschaftskommandant, Oberinspektor Grabowski, wird, wie wir bereits meldeten, nach Kielce versetzt. Sein vorläufiger Nachfolger ist Inspektor Abczyński. An Stelle des Oberinspektors Sztbay, der nach der Hauptkommandantur nach Warschau versetzt worden ist, wurde zum Leiter des Kriminalamtes der Wojewodschaft der Kommissar Kazimierz Billewicz, früher Leiter der politischen Brigade der Kriminalabteilung in Lemberg, ernannt. Der bisherige Assistent des Leiters des Kriminalamtes, Oberkommissar Schwarz, ist am Montag nach der Polizeikommandantur der Lemberger Wojewodschaft versetzt worden.

Kommunistenprozeß in Lodz

In Lodz ist dieser Tage ein Kommunistenprozeß beendet worden, der folgende Vorgeschichte hat: Im Juni des vergangenen Jahres war der politischen Polizei mitgeteilt worden, daß sich ein Stanisław Jończyk mit der Kolportage kommunistischer Aufrufe befasse. Die Polizei verfolgte die Spur des Kolporteurs und drang in die Wohnung einer Władysława Malecka ein, wo sie auch eine Józefa Herwisz fand. In einem Paket, das Jończyk bei sich hatte, wurden 210 kommunistische Aufrufe vorgefunden. Bei einer weiteren Haussuchung, die bei der Herwisz vorgenommen wurde, fand man einen Block für einen „Fonds der antifaschistischen Aktion" zum 1. Mai. Der Block befand sich in einem Umschlag, der an einen Franciszek Michalski adressiert war. Jończyk sagte aus, daß er die Aufrufe von seinem Bruder Roman bekommen habe, bei dem während einer Haussuchung 1000 Aufrufe beschlagnahmt wurden. Roman Jończyk war in unbekannter Richtung geflohen. Es stellte sich heraus, daß diese Aufrufe bei einem Beker gedruckt worden waren. Die Durchschläge besorgten Roman Jończyk und ein gewisser Diesler. Im April dieses Jahres erhielt die Teschener Polizei die Meldung, daß über die Grenzstation Trzyniec-Wisla Aufrufe kommunistischen Inhalts nach Polen eingeschmuggelt werden sollten. Im Verfolg der darauf angeordneten Beobachtung wurde in Bielitz Ing. Fryderyk Spietzer zu gleicher Zeit mit Roman Jończyk verhaftet.

Das Gericht verurteilte Ing. Spietzer und Roman Jończyk zu vier Jahren schweren Kerkers, Józefa Herwisz zu 3 Jahren, Stanisław Jończyk und Beker zu einem Jahre und drei Monaten schweren Kerkers, während Michalski freigesprochen wurde.

Handelsbeziehungen Oesterreich — Sowjet-Union

Rußland beschäftigt deutsche Akademiker

Wie dem Genfer Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros von maßgebender österreichischer Seite mitgeteilt wird, hat die Sowjetunion vor der Abreise des Vizekanzlers Dr. Schober nach Genf, und zwar auf dem Wege über die Gesandtschaft der Sowjetunion in Wien, den Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich angeregt, um der österreichischen Industrie größere russische Aufträge zu übermitteln. Die österreichische Industrie hat den Vizekanzler Dr. Schober ersucht, die Anwesenheit Litwinows in Genf zu einer Aussprache über den Ausbau der Handelsbeziehungen zu benutzen. Schober wird vor seiner Abreise mit Litwinow darüber sprechen. Nach den bisherigen Dispositionen ist die Abreise Schobers nach Wien für Dienstag, den 8. September, vorgesehen.

*

Nach einer Meldung der „Iswestja" hat sich die Leitung der Wiener Technischen Hochschule an die Wiener Vertretung der Sowjetregierung gewandt und sie gebeten, fünfzig Absolventen der Maschinenbaufakultät Arbeit in der Sowjetunion zu verschaffen. Diese Bitte wurde mit der Unmöglichkeit begründet, den jungen Ingenieuren in Oesterreich oder anderswo im Ausland Arbeit zu verschaffen. Die Russen haben diese Bitte sofort erfüllt, und die Ingenieure sind am 3. September nach der Sowjetunion abgereist, um dort ihre neuen Stellungen anzutreten.

Der Aufstand in Chile beendet

Paris, 8. September. (R.) **Wie „Havas" aus Santiago de Chile meldet, hat sich die Mannschaft des Linienschiffes „Almirante Laterre" ergeben. Damit gilt der Aufstand als beendet.**

Die sechs Vizepräsidenten des Völkerbundes

Mexiko kommt in den Völkerbund — Curtius spricht

Genf, 8. September. (R.) **12 Uhr vorm. in der Völkerbundsversammlung hat sich heute das Präsidium konstituiert. Bei der Wahl der sechs Vizepräsidenten erhielten Briand 44, Lord Robert Cecil 43, Yoshisawa 43, Dr. Curtius 42, Graf Apponyi 39 und Restrepo (Columbien) 32 Stimmen. Die Wahl erfolgte in geheimer Abstimmung. Von den 52 anwesenden Delegationen hatten sich 48 beteiligt. Die Wahl des deutschen Delegierten wurde ebenso wie diejenige des Grafen Apponyi von der Versammlung mit Beifall begrüßt. Das Präsidium setzt sich zusammen aus dem Präsidenten Titulescu (Rumänien), den sechs jetzt ernannten Vizepräsidenten, den Vorsitzenden der sechs Arbeiterausschüsse und den Vorsitzenden der Tagesordnungskommission.**

Hierauf trat die Völkerbundsversammlung sofort in die Beratung des gestern eingebrachten Antrages ein, eine Sympathiekundgebung an Mexiko zu erlassen. Als erster Redner ergriff Reichsaußenminister Dr. Curtius das Wort zu folgender Erklärung:

„Als Vertreter des Deutschen Reiches, das sich Mexiko gegenüber durch 100jährige Bande einer ununterbrochenen aufrichtigen Freundschaft verbunden fühlt, habe ich den Antrag auf Einladung Mexikos mit Freuden unterzeichnet. Mexiko nimmt nach Bevölkerung und Ausdehnung seines Staatsgebietes eine hervorragende Stelle unter den Völkern der Erde ein. Nicht nur die zahlreichen Mitgliedsstaaten des spanischen Kulturkreises, sondern wir alle legen auf die tatkräftige Mitarbeit dieses Landes an den Aufgaben des Völkerbundes den größten Wert. Wir sind uns doch alle bewußt, daß der Tätigkeit des Völkerbundes ein um so größeres Gewicht zukommt, jemehr sich sein Kreis für Universalität ausweitet. Zu dieser Universalität wird ein wichtiger Schritt getan, wenn Mexiko dem Völkerbund angehört. Mexiko hat sich aus Gründen, die ich nicht zu erörtern habe, lange Zeit dem Völkerbund ferngehalten. Es ist daher allerseits mit Genugtuung begrüßt worden, als Anfang vorigen Jahres der damalige erwählte Präsident der Republik, seine Exzellenz General Ortiz Rubio, sich kurz nach der Uebernahme seines hohen Amtes für den baldigen Beitritt Mexikos ausgesprochen hat. Wir können ihm und seinem Lande ebenso wie dem Völkerbund nur Glück dazu wünschen, wenn seine Regierung tatsächlich den Antrag um Aufnahme stellen wird."

Auflockerung der Notverordnungen?

Berlin, 8. September.

In einer gestrigen Besprechung des Reichskanzlers und der Minister Dietrich und Stegerwald mit den Sozialdemokraten wurden Aenderungen an der alten Notverordnung vom 5. Juni d. Js. bis auf einige noch ungeklärte Punkte erörtert.

Die Regierung, die sich ursprünglich gegen die Aenderung der Verordnung lebhaft gesträubt hatte, gestand aber angesichts der Hinweise der sozialdemokratischen Führer auf die Stimmung der Massen und auf die unhaltbare Lage gegenüber ihrer Fraktion schließlich eine Reihe von Aenderungen zu, die sich auf die Behandlung der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten und der Gemeindearbeiter beziehen sollen. Man wird damit rechnen können, daß die Aenderungen, wie es schon bei der Frage der Sätze für die jugendlichen Erwerbslosen der Fall war, später im Wege einer Abänderungsverordnung durch die Regierung selbst vorgenommen werden, ohne daß der Haushaltsausschuß des Reichstags damit befaßt wird.

Nachmittags trat dann der Fraktionsvorstand der Sozialdemokraten zusammen, um den Bericht über die Besprechung mit der Regierung und die hierbei erreichten Ergebnisse entgegenzunehmen und die heutige Fraktionssitzung vorzubereiten.

Voraussichtlicher Rücktritt des Kommissars für die Osthilfe?

Königsberg, 8. September. (R.) **Wie die Königsberger Blätter melden, hat der Kommissar für die Osthilfe, Landstelle Königsberg in Preußen, Ministerialrat Mussehl, einen mehrwöchigen Urlaub angetreten. Gerüchtweise verlautet, daß Mussehl nicht in das Amt zurückkehren, sondern wieder in seinen früheren Wirkungskreis im preußischen Landwirtschaftsministerium eingehen werde.**

Von Gronau gelandet

New York, 8. September. (R.) **Von Cleveland kommend, landete von Gronau gestern abend 6.10 Uhr, Ostnormalzeit, im Curtiß-Flughafen Northbeach. Er und sein Begleiter reisen morgen mit dem Hapag-Dampfer „Hamburg" nach Deutschland zurück.**

Ein Vorschlag von Gronaus zur Durchführung des Transatlantikverkehrs

New York, 8. September. (R.) **In einer Unterredung mit dem hiesigen Vertreter des W.T.B. erklärte von Gronau: „Ich werde nach meiner Rückkehr nach Deutschland die Einrichtung einer Flugpostroute Hamburg — Island — Grönland — Westlabrador — Chikago — New York vorschlagen. Dies ist eine Gesamtstrecke von etwa 7000 Kilometern. Die Flugdauer würde 45 Stunden betragen. Mit Relais-Flugzeugen an den genannten Punkten sollte ein rascher und vorteilhafter Postverkehr möglich sein.**

Generalprobe bei Dornier

(Von unserem Friedrichshafener Sonderberichterstatter)

Während „Do X" im Hafen von New York als ein Wunderwerk deutscher Technik von Hunderttausenden bestaunt wird, begibt sich in Friedrichshafen eine Art Generalprobe für die neuesten Schöpfungen des genialen Flugzeugbauers Claudius Dornier. Schwere Wolken drohen schieferblau vom Westen, aber unbekümmert um den launischen Wechsel von Regenschauern und Sonnenschein heben sich die jüngsten Riesenvögel der Manzeller Werft von den schäumenden Wellen des Bodensees, und auf dem nahen Flugplatz Löwenthal startet, fremdartig anzusehen, das viermotorige Landflugzeug „Do K".

Auf diesen Probeflügen über See und Land ergibt sich für den Berichterstatter willkommene Gelegenheit, Dr. Dornier nach den Auswirkungen zu fragen, die der großzügige Versuch mit dem ersten fliegenden Schiff für die Zukunft der Luftfahrt hat. Dornier ist nach den überreichen Erfahrungen des Atlantikfluges nur um so fester davon überzeugt, daß die stärksten Entwicklungsmöglichkeiten von den Großflugzeugen zu erwarten sind. Der kleine Flugapparat ist seiner maßgeblichen Ansicht nach technisch schon so durchgebildet, daß er wesentliche Verbesserungen und Verbilligungen kaum noch zuläßt. Gewiß, man kann ihn auf Rennzwecke zuschneiden und seine Schnelligkeit noch unheimlicher steigern. Dornier selbst hat schon 1924 für den Wettbewerb um den Schneider-Pokal eine 540pferdige Rennmaschine entworfen, die 385 Kilometerstunden Geschwindigkeit entwickeln sollte, diese errechnete Schnelligkeit 1928 mit einem 2000pferdigen Modell auf 570 Kilometer erhöht und jetzt ein drittes Modell von über 600 Stunden-Schnelligkeit bereit — aber er denkt nicht an eine Ausführung, die für die verarmten Deutschen auch viel zu kostspielig wäre. Unvergleichlich wertvoller für die praktische Entwicklung des Luftverkehrs erscheint ihm der Ausbau eines Groß-Typs vom Schlage des „Do X". Schon das an Italien gelieferte zweite und das gleichfalls von Italien bestellte dritte Flugschiff weisen in Einzelheiten eine verfeinerte Durchbildung auf, die auch ihre Schnelligkeit von 200 auf 210 Kilometer-Stunden erhöht. Im Laufe der weiteren Entwickelung würde sich der heute noch brettförmige Flügel des Schiffes in die Länge strecken, der Nutzeffekt seiner Luftschrauben von heute 60 auf vielleicht 80 Prozent steigen, die Herstellungskosten sich verringern und die Wirtschaftlichkeit wachsen. Betriebssicher ist das fliegende Schiff schon jetzt — das hat gerade der Brand des „Do X" bewiesen, den eine unvorsichtigerweise zum Trocknen auf den Flügel gelegte und vom Wind auf den Auspuff des Hilfsmotors gewehte Persenning verursacht hat.

Leider erlaubt es die deutsche Finanzlage nicht, den Vorsprung, den „Do X" den Deutschen im internationalen Flugzeugbau gesichert hat, gebührend auszunutzen, und so ist Dornier daneben zu jenen Typen mittlerer Größe zurückgekehrt, deren Wirtschaftlichkeit im heutigen Luftverkehr am ehesten gewährleistet scheint. Der Wal-Typ, der Dorniers Weltruhm begründete und in zehn Jahren nun schon weit über fünf Millionen Flugkilometer für sich verbuchen kann, ist bei schlankerem Bug in der Rumpfkonstruktion widerstandsfähiger, in Start und Steuerung rascher und motorisch stärker geworden und hat auf Gronaus Flug über das 1700 Kilometer breite, 3000 Meter hohe Eismassiv Grönlands die Probe bestanden — es ist das Schwesterboot des Wal, in dem wir gerade über Konstanz fliegen. Die Rede kommt auf das geheimnisvolle Wal-Flugzeug, das eine Aufnahme von Bord des „Graf Zeppelin" auf Nowaja Semlja zeigt. Dr. Dornier erinnert sich, daß Professor Moltschanow ihm erzählte, er habe unterwegs ein Wal-Flugboot photographiert. Sowjet-Rußland hat eine Reihe Wale in Dienst genommen, und seine Piloten sind häufig auch vom vereisten Festland aus gestartet. Aber wenn es sich um einen dieser Apparate handeln würde, so müßte man in Rußland davon wissen. Die Möglichkeit, daß der Dornier-Wal, den Amundsen auf seinem ersten Polflug im Eismeer zurückließ, mit dem Eis bis nach Nowaja Semlja abgetrieben wurde, scheint den Fachleuten der Dornier-Werft denn doch nicht so ganz von der Hand zu weisen.

Ein Mittler zwischen dem Wal-Typ und dem „Do X" ist das viermotorige, im Fluge 15 000 Kilo schwere Verkehrsboot „Do S", in das wir nach der Zwischenlandung übersteigen. Bei ihm hat sich Dr. Dornier die mit „Do X" gewonnenen Erfahrungen zunutze gemacht; auch „Do S" wird von einem Oberdeck aus gesteuert, das über den Gasträumen liegt, und von dem Lärmen der 2400pferdigen Motoren hört man in den Kabinen nicht mehr als etwa den Gang der lautlosen kleinen Conti-Reisemaschine, auf der ich an Bord diesen Bericht tippe. Das acht Meter hohe, 25 Meter lange Flugschiff, dessen Flügel 31 Meter klaftert, startet, steigt und fliegt verblüffend leicht und schnell; staunend sahen es die Pariser auf der schmalen Seine wassern.

Man hat sich so sehr daran gewöhnt, mit dem Namen Dornier den Begriff des Flugbootes zu verbinden, daß man darüber fast vergißt, welche Verdienste neben Junkers auch ihm die Entwicklung des Landflugzeuges zukommen, und so ist es denn die Ueberraschung dieser aviatischen Generalprobe, als Claudius Dornier zum Schluß seinen Gästen auch ein riesiges Landflugzeug neuester Konstruktion vorführt: eben den „Do K". Sonderbar genug sieht es aus: unter dem 25 Meter klafternden Flügel, beiderseits des spindelförmigen Rumpfes, hängt eiförmig je eine kleine Gondel mit Sternmotoren und vierflügeligen Propellern. Dank seinen nahezu tausend Pferdekräften, die ihm eine Reisegeschwindigkeit von 200 Kilometerstunden geben, hat „Do X" so viel Kraftüberschuß, daß er auch bei Ausfall eines Motors ohne Ueberanstrengung der anderen drei flugfähig bleibt, ja sich selbst mit nur zwei Motoren in der Luft hält. Das ist ein unschätzbarer Vorteil — dem sich ein finanzieller gesellt: „Do X" kostet im Bau nur halb so viel wie die bisherigen Landtypen gleicher Größe.

Schwarze Wetterwolken hängen im Westen, als wir uns von Claudius Dornier verabschieden; seine fliegenden Schiffe stoßen durch sie in den aufbrechenden Himmel.

Leonhard Adelt.

Graf Zeppelin wieder in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 7. September.

Wie wir schon meldeten, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" von seiner ersten diesjährigen Südamerikafahrt heimkehrend heute nachmittag um 3 Uhr 45 Minuten planmäßig und glatt im Heimathafen gelandet.

Von Basel kommend, das um 14 Uhr 20 Minuten passiert wurde, traf das Luftschiff, von zwei Flugzeugen begleitet, kurz nach 14 Uhr über der Zeppelinwerft ein, wo sich auf dem Landungsplatz inzwischen einige tausend Menschen eingefunden hatten, die den Zeppelin beim Ueberfliegen des Werftgeländes mit Hüte- und Tücherschwenken begrüßten. Nach einer kurzen Schleifenfahrt über der Stadt wurde dann sofort zur Landung geschritten, die bei günstiger Witterung glatt vonstatten ging. Das Luftschiff, aus dessen vorderer Gondel riesige Palmenzweige und ein präparierter Alligator heraushingen, wurde dann in die Halle gebracht. An der Rückfahrt, die insgesamt 82 Stunden, also zehn Stunden länger gedauert hatte als die Fahrt nach Pernambuco, beteiligten sich nur zehn Passagiere. Außerdem hatte das Luftschiff etwa hundert Kilogramm Post aus Brasilien mitgebracht.

Start zum 1. Transpazifikflug

New York, 8. September. (R.) Gestern nachmittag **3.30 Uhr Ostnormalzeit** sind die beiden **Amerikaflieger Moyle und Allen von Japan aus zu einem Transpazifikflug gestartet.**

Tokio, 8. September. (R.) **Zu dem Versuch der beiden amerikanischen Flieger Allen und Moyle, den Pazifischen Ozean auf der Strecke Japan-Seattle (Washington) ohne Unterbrechung zu überfliegen, wird in Erinnerung gebracht, daß die japanische Zeitung „Asahi" für den ersten Nonstopflug über den Pazifik einen Preis von 5000 Pfund Sterling ausgesetzt hat.**

„Republique" über das Ende der Reparationen

Paris, 8. September. (R.) **In einem Artikel der „Republique" wird erklärt, Deutschland habe zwar in den ersten 7½ Jahren 11 Milliarden 209 Millionen Goldmark an Reparationen bezahlt, aber in der gleichen Zeit nicht weniger als 18 Milliarden Goldmark geliehen bekommen. Deutschland könne seine Reparationen nur von Ausfuhrüberschüssen begleichen. Es werde also für Frankreich ein immer weniger guter Absatzmarkt, aber ein immer stärkerer Konkurrent. Gewisse Franzosen seien zwar der Meinung, daß das Ende der Reparationen ein Unglück sein würde, in Wirklichkeit aber wäre das Ende der Reparationen für Frankreich nur eine Ersparnis.**

Beginn der Sondertagung des britischen Parlaments

London, 8. September. (R.) **In einer Botschaft an die Nation sprach Macdonald die Hoffnung aus, daß das für heute einberufene Unterhaus der Regierung sein Vertrauen kundgeben werde. Dem sich anzuschließen, bitte er die gesamte Nation.**

*

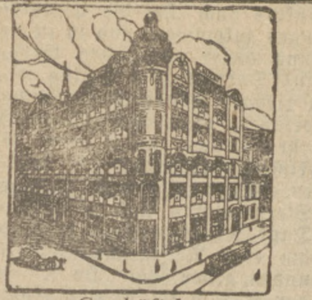
London, 8. September. (R.) **Die Sondertagung des Parlaments, vielleicht die wichtigste seit dem Kriege, beginnt heute. Das Unterhaus tritt um 2.45 Uhr, das Oberhaus um 4.15 Uhr nachmittags zusammen.**

England baut neue Stützen in sein Weltreich ein

Der Bau des neuen großen Seehafens in Haifa (Palästina) macht gute Fortschritte. Sobald er fertiggestellt ist, sollen die Luftverbindungen London—Indien und London—Südafrika über Haifa führen. Mitte Oktober soll zweimal in der Woche, am Sonnabend und am Mittwoch, ein Flugzeug London verlassen, um über Athen und Cypern Haifa zu erreichen, statt bisher über Kreta und Alexandrien zu fliegen. Von Haifa sollen Landflugzeuge den Verkehr über Bagdad und Karachi aufrechterhalten. Zugleich soll über Haifa auch die Verbindung nach Aegypten, Zentralafrika und Südafrika führen. Die Strecke London—Karachi soll in sechs Tagen, die Strecke London—Kenja-Kolonie in acht Tagen zurückgelegt werden.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. Erich Jaensch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": i. V. Erich Loewenthal. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.



Geschäftshaus
Woźna 12
(Ecke Wielkie Garbary)
2 Minuten vom
Alten Markt.
Eigentum der Firma

Grosse Teppichsendungen sind eingetroffen!

Nach erfolgter Verlegung meines **Teppichgeschäftes von ul. 27 Grudnia in riesengrosse Lokale meines Geschäftshauses nach ul.**

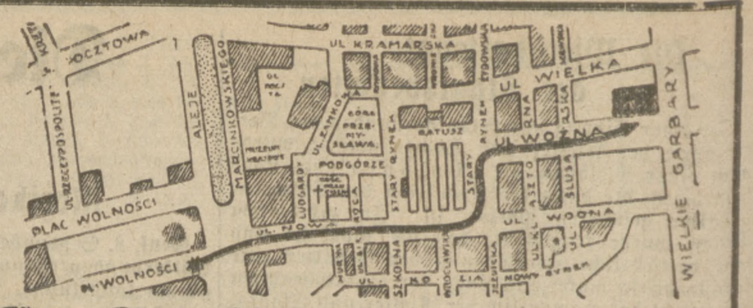
Woźna 12

habe meine Lager bedeutend vergrössert.

Wir bieten jetzt in anerkannter Qualitätsware die denkbar größte Auswahl. — Der Not der Zeit entsprechend haben wir die Preise aufs äußerste ermäßigt.

KAZIMIERZ KUŻAJ TEPPICH-ZENTRALE
Das grösste Spezialhaus in Poznań!

Teppiche — Kelims — Läufer u. Bodenbelagstoffe — Kokosteppiche = Läufer und Matten — Filze und Fries-Möbelbezugstoffe — Neuheiten für Innendekoration und Wandbekleidung — Gobelins — Divan-, Bett- und Tischdecken — Plaids u. ä.



Vom Platz Wolności über den Alten Markt nach Woźna nur 6 Minuten.

Haltestelle der Straßenbahn Nr. 1, 2 und 6.

Pappdächer: Dachdecker Poznań Św. Marcin 66/67

Theater-Varieté „Alhambra"
ul. Franciszka Ratajczaka 21.

Von heute ab neues Programm:

Alles staunt und lacht!

Eintrittspreise von 1—4 zł. Anfang 8.30.
Vorverkauf bei Szrejbrowski, ul. Gwarna.
Von 6 Uhr ab Theaterkasse.

MÖBEL BILLIGER !

Herren-, Schlaf- und Ess-Zimmer

Einzelmöbel • • Küchen
sowie ganze
Wohnungs-, Restaurations- und Kaffee-Einrichtungen

in erstklassiger Ausfertigung und zu konkurrenzlosen Preisen

Ignacy Linke
Poznań • Piekary 23

Jeder ist zufrieden

der seinen Bedarf an **Stoffen**, sei es zum Anzug, Paletot, Hose usw., direkt im

Tuchfabriklager

Gustaw Molenda & Sohn

Poznań, Plac Świętokrzyski 1

einkauft.

Riesenauswahl der allerneuesten Stoffe!
Bekannte Ia Qualitäten, sowie billige Preise!

Wir teilen hierdurch unserer geschätzten Kundschaft ergebenst mit, daß wir unsere Geschäftsräume von der ul. 3 Maja 7 nach unseren Garagen

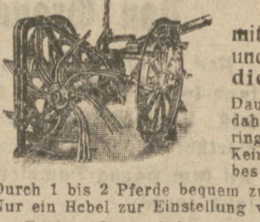
ul. Dąbrowskiego 33
Telefon 69-66

verlegt haben.

Wir bitten höflichst um weitere Unterstützung.

„Wulkanizator"
Borysiak i Ska

Der Schlager von 1931
ist der neue
Kartoffelgraber „SUR"



Mod. 1931
mit hinterer Scharführung und dem **neuen** staubdichten Oelbadgetriebe

Dauernd in Oel laufende Zahnräder, daher: Größte Leichtzügigkeit, geringste Abnutzung.
Kein Verstopfen. Keine Knollenbeschädigung. Geringe Wurfweite.
Durch 1 bis 2 Pferde bequem zu betreiben. Nur 2 Zahnräder.
Nur ein Hebel zur Einstellung von Getriebe und Tiefgang.

Fordern Sie noch heute Angebot von dem
Alleinvertreter

Hugo Chodan (früher Paul Seler)
Poznań, ul. Przemysłowa 23. Tel. 7480.

Maschinenschriften,
Vervielfältigungen und Uebersetzungen
in fremde Sprachen
erledigt akkurat, schnell und billig

„STENOMA"
Poznań, ul. 27. Grudnia 18/III.
Für Studierende 10% Rabatt.

Motor-Dreschmaschinen
„Stille" vom Lager Poznań sof. abzugeben
Inż. H. Jan Markowski
Poznań 420
Schaulager: Słowackiego Ecke Jasna.

Zaun-Geflecht verzinkt
2,0 mm stark **1.—** zł
2,2 mm stark **1,20** zł
pro mtr.
Einfassung lfd. mtr. 22 gr.
Stacheldraht lfd. mtr. 15 gr.
Alles FRANCO
Drahtgeflechtfabrik
Alexander Maennel
Nowy Tomyśl W. 5.

Kino Renaissance

Heute ein grosser Monumentalfilm u. d. Titel:

Die schöne Helena u. Der Untergang Trojas

In den Hauptrollen: **Carlo Aldini, Włodzimierz Gajdarow** sowie Tausende von Statisten u. Hunderte wilder Tiere.

Nächstes Programm:
Das Geheimnis d. Zimmers Nr. 13

Düngerstreuer!
Soll die Ernte dich erfreuen
Mußt du gleichmäßig streuen!

Marko-Simplex
tut es!
Billig, praktisch, haltbar
2, 2½, 3 m breit.

Inż. H. Jan Markowski
Poznań 420
Tel. 52-43
Schaulager: Słowackiego Ecke Jasna

Preisabbau

Sämtliche Kleidungsstücke werden **gut, schnell und billig chemisch gereinigt oder gefärbt.**

Annahmestelle
Dom Trykotaży
Masztalarska 6
gegenüber der Kirche.

Suche für meinen 17jähr. Sohn mit ½ J. Praxis zu sofort od. später Stellung als

Eleve

i. landwirtschaftl. Betriebe.
Emma Schmidt, Karolewo, p. Sokołowo-Buds. pow. Oborniki.

Klavier
sofort zu kaufen gesucht
Off. m. Preisangabe u. **1720** a. d. Geſt. d. Ztg.

Teilhaber

stillen oder tätigen mit 10 bis 15000 zł sucht alteingeführtes Getreidegeschäft. Offert. unter **1785** an die Gschft. d. Ztg.

„Ophelia" Fredry 4

Bin aus dem Auslande zurückgekehrt und beehre mich hierdurch, die geschätzten Damen zum Besuch meines bekannten Hutgeschäfts u. Besichtigung der allerneuesten Modelle ergebenst einzuladen.

Die Inhaberin.

Lehrling für mein **Kolonialwaren-, Engros- und Detailgeschäft,** verbunden mit **Kaffee-Groß-Rösterei,**

zum 1. Oktober gesucht.

Bedingung: gute Volksschulbildung. Kenntnisse der polnischen Sprache in Wort. Bewerber mit Obersekundareife bevorzugt.

C. Heinrich, Rakoniewice (Pozn.).

Für unsere Hotelwirtschaft **suchen wir** für bald einen fachkundigen, **kautionsfähigen**

Pächter.

Nähere Auskünfte erteilt **Kaufhaus-Janowiec**

Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 10. Sept.

Posen. 7: Gymnastik. 7.15: Morgenzeitung. 13: Zeitsignal. 13.05: Schallplattenkonzert. 14: Pat-Berichte. 14.15: Landw. Berichte. 17.45: Viertelstunde Humor. 18: Von Warschau: Nachmittagskonzert. 19.15: Landwirtschaftl. Feuilleton. 20.15: Beiprogramm. 20.30: Solistenkonzert. 21.30: Von Warschau: Hörspiel. In der Pause Theater- und Funkprogramm. 22: Zeitzeichen, Sport- und Polizeinachrichten.

Warschau. 11.40: Pat-Berichte. 11.58: Zeitzeichen. 12.10: Schallplatten. 13.10: Wetterbericht. 14.50: Landw. Bericht. 16 u. 17.15: Schallplatten. 18: Solistenkonzert. 19: Verschiedenes. 19.25: Schallplatten. 20.10: Sportbericht I. 20.15: Leichte Musik. 21.30: Hörspiel. 22.20: Wetter-, Sport- und Polizeinachrichten. 23—24: Leichte Musik und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz. 6.30: Gymnastik. 6.45, 13.10, 13.50, 14.50: Schallplatten. 16: Konz. Funkkap. 17.20: Struktur der Krisenfürsorge. 17.50: Eigentum u. Reichsverfassung. 18.15: Wirtschaftsfragen. 18.35: Ballettmusik. 19.30: Organisationen der Textilindustrie. 20: Berlin: Tanzabend. 21: Berlin: Kabarett. 22.20: Bad Salzbrunn. 22.35: Tanzmusik: Kap. v. der Heydt.

Königswusterhausen. 6.30: Berlin: Gymnastik. 6.45: Berlin: Schallplatten. 12: Schallplatten. 14: Berlin: Schallplatten. 15: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.30: Berlin: Konzert. 17.30: Deutsche Volksbräuche (II). 18: Bewertung der geistigen Arbeit. 18.30: Mitteleuropa als Problem (II). 19: Englisch für Fortgeschrittene. 19.30: Stunde des Landwirts. 20: Berlin: Tanzabend. 20.50: München: „Doppelselbstmord", Bauernposse. 22.50: Berlin: Abendunterhaltung.

Überschriftswort (fett)	----------	30 Groschen
jedes weitere Wort	----------	15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen		50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Unterricht

Erteile gründlichen
Klavier-Unterricht
nach moderner Methode bis Oberstufe. Mäßige Preise! Helena Zellner, Pianistin u. dipl. Musiklehr., Plac Wolności 18, 10—12, 3—6 Uhr.

Klavierunterricht
auch Englisch u. Französisch erteilt **Neumann,** Fredry 12.

Vermietungen

5 Zimmerwohnung
mit komfortabler Einricht., an der ul. Mickiewica, günst. abzutreten. Vermittler ausgeschlossen. Off. u. **1773** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Wohnung—Solacz
5, eventuell 8 Zimmer mit Dampfheizung, Terasse und schönem Garten, Aleja Małopolska, zu vermieten, an der Haltestelle der Straßenbahn. Offertan an „Par", Aleje Marcinkowskiego 11 unter **56,392.**

3 Zimmerwohnung
geräumig, komfort., Parterre-Einzimmerwohnung, Küche, Parterre, Gas, elektr. Licht. gegen 2 Jahre Miete voraus sofort vom Wirt zu vermieten. Meldungen
Łukaszewicza 18, am Rynek Łazarski.

Möbl. Zimmer

Junger Pole
mit Hochschulbildung, sucht Zimmer, möglichst mit separatem Eingang, bei gebild. deutscher Familie. Off. u. **1781** a. d. Gschäftsst. d. Zeitg.

Für junges Mädchen od. alleinsteh. Frau gemeinsames
Zimmer
in gutem Hause abzugeben. Off. u. **1753** a. d. Gschst. d. Zt.

Gut möbliertes
Zimmer
elektr. Licht, Bad, Zentralheiz., in sehr gutem Hause, zu verm. Wały Zygm. Starego 6, pt. (neben d. Eisenbahndir.), b. M., W. 4.

Verschiedenes

Warszawianka E. M.
Leider nicht erkannt, darum bitte ich Sie, am Dienstag um 8 Uhr an derselben Stelle zu sein.

Gebrauchte **Sack'sche Drillmaschine**
Schubradsystem, 3 m breit, hat billig abzugeben.
Woldemar Günter, Landmaschinen, Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6, Tel. 52-25.

An- u. Verkäufe

Gebr. verzinkten Stacheldraht
4 Stacheln, sehr gut erhalt., Rolle ca. 60 kg. 1000 m ca. 135 kg, 50 kg = 35 zł gibt ab Przygode, Eisenhandlung. Krotoszyn.

Klavier
Kreuzsaitig verkauft Dąbrowskiego 72, Wohn. 5.

Neu eröff. Schuhgeschäft!
ul. Szkolna 3 (Schulstr.) bietet
Damenschuhe schon v. zł 10.—
Herrenschuhe „ „ „ 15.—
Kinder- u. Arbeitsschuhe.
Große Ausw. z. billig. Preis.

Keller
als Werkstatt oder Lagerraum in d. ober. św. Marcin (St. Martinstr.), per sofort zu vermieten. Woldemar Günter, Poznań, Sew. Mielżynskiego 6.

Wirtschafterin
36 Jahre alt, selbständig u. arbeitsfreudig, gestützt auf gute Zeugnisse, sucht zum 1. Oktbr. 1931 Stellung in groß., evtl. frauenl. Haush. Off. u **1793** a. d. Gschst. d. Ztg.

Möblierte Zimmer

vermieten Sie schnell u. billig durch die „KLEIN-ANZEIGEN"
im Posener Tageblatt.

Stellengesuche

Suche
zum sofortigen Antritt für einige Monate unbedingt zuverlässigen, älteren Buchhalter, guter Rechner, Polnisch-Deutsch notwendig.
Kliks, Geflügelexport, Zbąszyn.

Suche
eine Stelle als Hofverwalter, bin 35 Jahre alt, militärfrei und bewandert in allen Gemeindearbeiten, sowie in Berechnung der Krankenkassenbeiträge. Kaution von 500 zł kann gestellt werden. Gefl. Off. u. **1787** a. d. Gst. d. Z.

Früherer **Landwirt**
sucht Beschäftigung auf dem Lande, v. Entg. Off. unt. **1754** a. d. Gschäftsst. d. Zeitg.

Zurückgekehrt
von der Reise. Damenschneiderei Salon-Mód „Felicia" Rzeczypospolitej 4.

Buchhalterin,
die auch Schreibmaschine und Stenographie beherrscht 21 Jahre alt, mit polnisch. Sprachkenntnissen, sucht ab sofort entsprech. Stellung. Off. u. **1794** a. d. Geschft. d. Ztg.

Suche
für mein Eisen- u. Kolonialwarengeschäft einen Lehrling mit polnischen Sprachkenntnissen. Bewerbung. m. eigenhändig geschriebenen Lebenslauf an O. Freier, Janowiec, pow. Żnin.

Heirat

Suche für meinen Freund, intellig., groß, schlank, ev., von angen. Äußern, Eigentümer eines Stadtgutes im Werte von 120 000 zł, die Bekanntschaft einer jung., gebildeten, mögl. musikal. Dame mit Vermögen, zur Vergrößer. des Besitztums,
zwecks Heirat.
Diskretion Ehrensache! Off. u. **1792** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Vier nette evangel Landwirtstöchter
im Alter von 20—30 Jhr. sehnen sich nach einem gemütlichen Heim. In Frage kommen nur Herren in gesich. Position. Evtl. Einheirat mögl. Diskret. Ehrensache. Frdl. Off. mit Bild, welches zurückgesandt wird u. **1789** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Landwirtstochter,
evangl., 23 Jahre alt, sucht Herrenbekanntschaft. Einheirat in eine große Landwirtschaft. Gefl. Off. mit Bild u. **1791** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Landwirt, einziger Sohn, evgl., 25 J. alt, sucht
Lebensgefährtin
Einheirat in eine große Landwirtschaft. Gefl. Off. mit Bild unt. **1791** a. d. Geschst. dieser Zeitung.

Geldmarkt

10 000.— zł
auf schuldenfreie Wirtschaft von 74 Morg. auf 1. Hypothek gesucht. Gefl. Ang. unt. **1790** a. d. Geschst. dieser Zeitung.